29. Jahrgang. Mittwoch, 26. Januar. Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 16274.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Die Zukunft Deutschböhmens in tschechischer Beleuchtung.

Der nationale Widerstand der Deutschböhmen hat bereits ein Gutes gezeitigt: er hat dem Gegner Achtung abgerungen und gelehrt, daß die Grenzen des beiderseitigen Besitzstandes denn doch schwerer zu verschieben seien, als es sich vor wenigen Jahren noch die üppige tschechische Phantasie träumen ließ. Als in den letzten 20 Jahren, seit 1866, sich Dorf um Dorf vom deutschen Besitzstand abzubröckeln begann, als die tiefgreifenden Veränderungen in Prag und in den gemischtsprachigen Städten sich vorbereiteten, als man im Jahre 1871 noch mit einer Art von Staatsstreich das Fundament des tschechischen Staates proclamiren zu können glaubte, da waren die tschechischen Führer und ihre Nation von der Hoffnung beseelt, mit dem deutschen nachgiebigen und weichen Material in absehbarer Zeit aufgeräumt zu haben. Sie jubelten auf, wo irgend eine deutsche Mehrheit fiel, oder wo es ihnen gelang, eine deutsche Minderheit vollständig mundtodt zu machen. So erging es, als das geflügelte Wort vom goldenen, slavischen Prag fiel, als die Stadt Pilsen zur Mehrheit tschechisch wurde, und so war es noch vor zwei Jahren, als die slavischen Blätter frohlockend verkündeten: wenige Jahrzehnte — und die Burg des Deutschthums in Südböhmen, die Stadt Budweis und ihr deutsches Vorlager wird unser sein. Ja, man ging noch weiter: Vier Jahre dürften es ungefähr her sein, da durchzogen Sendboten der tschechischen Presse das deutsche Nordböhmen zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Annahme von einem geschlossenen deutschen Sprachgebiete als eine Fabel zu erklären. Die deutschgeschriebene tschechische „Politik" und viele andere tschechische Blätter veröffentlichten spaltenlange Reisebriefe, in denen erklärt wurde, daß alles Lüge sei, was in deutschen und deutschösterreichischen Blättern von einem deutschen Sprachgebiet in Böhmen gefaselt werde. Wenn einer dieser Reiseschriftsteller in Reichenberg, in Warnsdorf, in Rumburg, in Bodenbach, in Teplitz, in Karlsbad oder sonst in einer deutschen Stadt auf der Straße oder in einem Gastlokal von einem Arbeiter oder einem Dienstmädchen ein tschechisches Wort hörte, wurde flugs erklärt, das deutsche Sprachgebiet ist durchbrochen, der Pfeil im Herzen der deutschen Nation — so nennen sich die Tschechen mit Vorliebe — dringt immer tiefer.

Nun aber tritt ein bemerkenswerther Rückschlag ein. Jetzt, da die Tschechen vom Staate so viele und weitreichende Concessionen erlangt haben, dämmert in ihnen die Erkenntniß auf, daß sie die Macht der nationalen Selbsthilfe der Deutschen, die Kraft des Individuums, im Kampfe unterschätzt haben. Eine merkwürdige Aeußerung hierüber that, gewiß mit schwerem Herzen, der deutsche Renegat und jetzige Führer der Jungtschechen, Dr. Eduard Gregr. Er hatte dieser Tage eine Unterredung mit einem Correspondenten der polnischen Zeitung „Dziennik Poznanski" in Posen. Nachdem Gregr offen erklärt hatte, daß die Tschechen gegen Rußland Pflichten haben, weil der Gedanke an diese brüderliche Macht das tschechische Volk in einer Zeit aufrecht erhalten habe, da es von keiner anderen Seite sonst irgendwelche Unterstützung hatte, daß sich die Tschechen darum unbedingt auf die Seite der Russen schlagen würden, falls an sie die Wahl heranträte zwischen Deutschland und Rußland, daß ein Bündniß mit Rußland zehnmal mehr werth sei für Oesterreich, als ein solches mit Deutschland, fragte der Correspondent des Posener Blattes weiter, welche Folgen der Austritt der Deutschen aus dem böhmischen Landtage wohl haben könne. Gregr antwortete darauf wörtlich nach dem Bericht des Posener Blattes:

Der Austritt kann und darf keine Folgen haben, da derselbe das Werk der deutschen Partei ist, bei welcher kein Atom von österreichischem Patriotismus da ist, und welche unverwandt nach Deutschland blickt.

Correspondent: Ist dieser Vorfall nicht für das Land schädlich?

Gregr: Wieso sollte es sein? Wir Tschechen werden die deutschen Theile Böhmens nie wiedergewinnen. Wenn Sie dort zu sein Gelegenheit hätten, würden Sie glauben, daß Sie sich im Innern Preußens befinden.

Correspondent: Es handelt sich doch nicht darum, den Nachbar aufzusaugen, sondern sich mit ihm zu versöhnen.

Gregr: Versöhnen? Ich bin einer jener Abgeordneten, die sehr oft Gelegenheit hatten, darüber besonders mit Schmeykal und Ruß zu sprechen. Glauben Sie mir, daß eine Versöhnung von uns Tschechen mit den Deutschen so lange unmöglich ist, bis nicht die Ereignisse das deutsche Reich furchtbar geschwächt und dem deutschen Chauvinismus gehörig die Hörner gestutzt haben werden. Eine große entscheidende Niederlage des deutschen Reiches, welche die Erinnerung an den Triumph bei Sedan auslöschte, würde den Deutschen in Böhmen vielleicht in Erinnerung bringen, daß außer ihnen noch andere Nationen, wie z. B. die Tschechen, auf der Welt sind. So lange aber Deutschland von seiner heutigen Höhe nicht herabgestürzt ist, wird weder mit den Deutschböhmen noch mit den Deutschösterreichern irgend etwas anzufangen sein.

Damit wurde die Unterredung abgebrochen, die, abgesehen von der Denunciation gegen die Deutschen Oesterreichs, für diese von nicht zu unterschätzendem Werthe ist. Die Deutschen brauchen sich durch die Worte Gregrs nicht in selbstzufriedene Sicherheit wiegen zu lassen, sie sollen sich auch nicht von dem Vertrauen auf die deutsche Weltmacht und der aus ihr über die Grenzen des deutschen Reiches ausstrahlenden Culturkraft tragen lassen, aber sie sollen ihre Pflicht thun. Die ernst zu nehmenden Männer in Deutschösterreich sind lange nicht des Glaubens, daß die Zeit der Prüfungen für die Deutschen Oesterreichs vorüber sei — es ist ja zur Zeit noch keine Möglichkeit vorhanden, eine Regierungspartei zu schaffen, die über eine sichere Parlamentsmehrheit verfügt. Eines aber steht in der Hand der Deutschen Oesterreichs und namentlich ihrer Vorposten, der Deutschen Böhmens, den nationalen Widerstand und die Ausdauer bis in die einzelne Familie zu tragen; sie mögen dann noch viele Jahre in der Opposition verharren und werden an ihrem Sprachboden dennoch nur unwesentliche Verluste erleiden. Daß diese Kampfesweise mit Härten verbunden ist, daß sie manche materiellen Opfer bringen, auf manchen bequemen Vortheil verzichten heißt, ist klar.

Der Staat kann nichts weiter thun, als tschechische Verwaltungsbeamte und tschechische Richter in deutsches Gebiet schicken; die Kirche kann die Pfarreien mit tschechischen Priestern besetzen. Massenverschiebungen der Nationen können sie nicht erzwingen, und wenn die Deutschen ihre wirthschaftlichen Kräfte zu gebrauchen verstehen, kann der planmäßig betriebene Massenzuzug der Slaven in deutsche Gebiete hintangehalten oder wenigstens zum großen Theile lahmgelegt werden. Die Deutschen haben in den vergangenen Jahren darum so viele Positionen verloren, weil sie mit verschränkten Armen der tschechischen Massencolonisation zusahen und die Agitation der Eingewanderten mit sündhafter Gleichgiltigkeit gewähren ließen.

1878 und 1887.

Als im Jahre 1878 der Reichstag den ersten Entwurf eines Socialistengesetzes abgelehnt hatte und kurz darauf das ruchlose Attentat Nobilings erfolgte, wurde die Aufregung, welche dasselbe im deutschen Volke hervorrief, dazu benutzt, den Reichstag aufzulösen, um diese aufgeregte Strömung zur Erzielung eines gefügigen Reichstags zu benutzen. Da rief alles: „Etwas muß geschehen", und es geschah natürlich etwas, was nicht gut war. Schon das in der Aufregung angenommene Socialistengesetz hat sich nachträglich als etwas Verfehltes herausgestellt, welches das Uebel, das bekämpft werden sollte, nur noch verschlimmert hat. Dem Volke hatte man gesagt, daß es bei den Neuwahlen auf nichts weiter ankomme, als einen Reichstag zu erzielen, welcher der Regierung die von ihr für nothwendig erklärte Waffe gegen die Socialdemokratie gäbe.

Es wurde also eine Mehrzahl von Leuten gewählt, welche der Regierung alles zu bewilligen bereit waren, was dieselbe haben wollte. Das wußte die Reichsregierung sehr gut zu benutzen. Seit einer Reihe von Jahren hatte sie vom Reichstage neue Steuern verlangt und, um diese zu begründen, Etats vorgelegt, welche mit einem Deficit abschlossen. Alle Jahre hatten die (damals noch liberalen) Nationalliberalen und die Fortschrittspartei unter Führung Richters und Rickerts durch Herabsetzung der zu hoch angesetzten Ausgaben, durch höheren Ansatz der Einnahmen und durch Heranziehung unbenutzt liegender Fonds die Deficits aus den Etats herausgeschafft und dadurch neue Steuern überflüssig gemacht. So waren dem Volke im Laufe weniger Jahre durch die Liberalen 80 Millionen erspart. Nun wurde der gefügigere Reichstag benutzt, den neuen Zolltarif und die Erhöhung der Tabaksteuer zu bewilligen, welche der Regierung eine Mehreinnahme von 130 Mill. gewährten. Es war dem Volke bei den Wahlen nicht gesagt worden, daß es darauf abgesehen sei, die ganze Handels- und Wirthschaftspolitik umzuwälzen und ihm 130 Mill. neue Lasten aufzulegen. Wenn die Liberalen bei den Wahlen von 1878 die Wähler zur Besinnung bringen wollten und darauf hinwiesen, daß es sich doch um ganz andere praktische Dinge handeln könne, welche das gute Recht und die Finanzen der Wähler sehr nahe angingen, so fielen die „Norddeutsche" und ihre Genossen muthvoll über solche Mahner her und denuncirten sie, daß sie die Regierung verleumden wollten. Nur auf den Kampf gegen die Socialdemokratie käme es an, auf sonst nichts; wer etwas anderes sage, sei ein schlechter Mensch. Aber als die Wahlen erst vorüber waren, klang die Melodie ganz anders.

Genau dasselbe geschieht jetzt wieder. Wie Herr v. Stauffenberg ausführte, kann nur jemand, der in politischen Dingen auf dem Standpunkte eines unerfahrenen Kindes steht, daran zweifeln, daß alle die Pläne, mit denen die Reichsregierung bisher nicht durchgedrungen ist, sofort aufleben, wenn sie einen Reichstag bekäme, wie sie ihn wünscht. Tabaksmonopol, Branntweinmonopol, die Pläne gegen die Redefreiheit des Reichstags, gegen das geheime Wahlrecht, alles dies würde sofort in Erscheinung treten; auch Herr v. Scholz sagte in seiner jüngsten Etatsrede, daß er nichts zu modificiren und nichts zurückzunehmen habe. Aber den **Wählern** soll man es nicht sagen. Nur vom Septennat soll man sprechen. Wenn nur erst die Wahlen vorüber sind, so werden die Steuer- und Monopolpläne schon folgen.

Möge das deutsche Volk dies bei der Wahl wohl bedenken. Der Wahn ist kurz, die Reu ist lang. Und die Reue kann nachträglich nichts helfen.

Deutschland.

Herr v. Bennigsen und die „Radicalen".

Herr v. Bennigsen hat in seiner Rede in Hannover die Güte gehabt, die Existenzberechtigung der Freisinnigen nicht zu bestreiten. Das ist immerhin anerkennenswerth, wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl seiner Fractionsgenossen in der Vernichtung der Freisinnigen ihre Hauptaufgabe sieht. Zwar fühlte auch er sich veranlaßt, von „Radicalen" zu sprechen. Aber er will sie doch am Leben lassen und sagte ihnen sogar Gutes nach, wie folgt:

Wir wollen den Radicalen nach beiden Seiten, namentlich der linken Seite, die Berechtigung ihrer politischen Existenz nicht bestreiten; denn es würde sehr thöricht sein; ein weiser Gebrauch von solcher Position ist für das Vaterland unter Umständen von Nutzen, diese Parteien haben den Beruf, die ihnen näher stehenden Liberalen und Conservativen in ihrer Thätigkeit zu controliren, sie können auf sie einwirken in Bezug auf die fortwährende **Aufrechterhaltung der Reinheit und Wahrheit der liberalen** und conservativen **Grundsätze.**

Es ist eigentlich sehr wunderbar, daß derselbe Herr v. Bennigsen, der soeben einen Aufruf unterschrieben, in welchem den Freisinnigen jeder Patriotismus abgesprochen und diese „Radikalen" als die Verderber des Vaterlandes hingestellt werden, doch noch zugiebt, sie könnten dem Vaterlande unter Umständen von Nutzen sein. Jedenfalls aber hat Herr v. Bennigsen so Unrecht nicht, wenn er meint, daß diese „Radikalen" einwirken könnten auf die Reinheit und Wahrheit der liberalen Ideen, womit er auch indirect zugesteht, daß die liberalen Ideen der Reinhaltung bedurft haben. Gewiß; wo ist in der eigenen Partei des Herrn v. Bennigsen die „Reinheit" der liberalen Grundsätze geblieben? Stück für Stück ist abgebröckelt seit den Tagen von Heidelberg. Vergebens haben die „Radicalen" gewarnt vor dem Fortsetzen eines Weges, der mit Nothwendigkeit zur völligen Verleugnung aller liberalen Traditionen führen mußte. Diese Mahnungen sind leider fruchtlos geblieben, und das Schlußdrama hat sich nun vollzogen: die Nationalliberalen unter Bennigsen's Führung ziehen in engem Bunde mit den Conservativen ins Feld gegen diejenigen, deren ganzes Vergehen darin besteht, **fortwährend die Aufrechterhaltung der Reinheit und Wahrheit der liberalen Grundsätze zu betonen!**

1881 lautete der erste Ruf der Nationalliberalen: Kampf gegen die Reaction. 1882 trat Bennigsen, mißmuthig über den weiteren Fortgang derselben, aus dem Parlamente, und heute steht Herr v. Bennigsen als Heerführer in der Wahlschlacht an der Seite der Träger der Reaction, um den Sieg derselben vollenden zu helfen.

An dieser den Wechsel den Zeiten so drastisch illustrirenden Thatsache läßt sich nicht rütteln, so gewandt auch die Rede war, mit welcher Herr v. Bennigsen die Sachlage so darstellen wollte, als gelte es nur allein das Septennat, und als wäre der Nationalliberalismus noch derselbe wie vor fünf Jahren. Wir zweifeln nicht an der Aufrichtigkeit der Bennigsen'schen Versicherung, daß, von der Septennatsfrage abgesehen, die Partei nicht unbedingt der Reaction zu Diensten sein soll. Wir bezweifeln aber die Ausführbarkeit der Versicherung in Anbetracht der Verhältnisse, unter denen sich die jetzige Wahl vollzieht und in Anbetracht ferner der gegen früher so gänzlich veränderten Natur des Gros der Partei.

„Der Führer der Nationalliberalen legte, schreibt die durchaus nicht „radikale" „Wes.-Zeitung", den Schwerpunkt seiner Rede so sehr auf das Septennat, daß die anderen, allerdings nicht ganz verschwiegenen Aufgaben, welche dem Reichstag während der nächsten drei Jahre bevorstehen, ganz in den Hintergrund treten. Aber je mehr Lärm von dem Septennat geschlagen wird, desto mehr ist es die Pflicht des Reichstagswählers, der so oft ganz übergangenen Angelegenheiten zu gedenken, in erster Linie der steuer- und wirthschaftspolitischen, und sodann der Erhaltung des Reichstags in seiner ganzen Bedeutung. Mit Dank ist es anzuerkennen, daß Herr v. Bennigsen sich mit solchem Nachdruck gegen die Monopole ausgesprochen hat. Hoffentlich wird sein Einfluß in der nationalliberalen Partei den Monopoleifer eines Fractionsgenossen, wie des Bürgermeisters Fischer von Augsburg und der einzelnen Organe der nationalliberalen Presse, von denen z. B. die „Köln. Ztg." mit allen Kräften für das Branntweinmonopol eintrat, eindämmen. Leider wird der Werth der Erklärung gegen die Monopole dadurch eingeschränkt, daß auf Grund des Wahlcartells den nationalliberalen Wählerschaften auch die Wahl von conservativen und freiconser-

---

Conrad Letzkau und seine Tochter.

Roman aus dem Anfange des 15. Jahrhunderts.

21) Von Elise Püttner. (Nachdruck verboten.)

Konrad Letzkau hatte seine Genossen zur Einkehr in das Gasthaus „Zum lahmen Ochsen" veranlaßt. Hier verkündete er ihnen von des Hochmeisters Verlangen und seiner Zusage. Sie schüttelten die Köpfe und sprachen dawider. Er führte beredt dafür das Wort und schlug sie mit ihren Bedenken. So fuhren sie ohne ihn heim. Hinz sollte andern Tags auf leichtem Schlitten mit schnellen Pferden ihm die nöthigen Kleider zur Reise ins Thorner Gebiet bringen. In der Kollertasche sorglich verborgen trug der Diener ein Schreiben des Gestrengen an Frau Barbara. An der Landstraße vor einem Wirthshause, in dem es trotz der frühen Stunde hell und laut war, ward von den Danziger Herren kurze Rast gemacht. Sie wollten sich durch einen Krug heißen Bieres erwärmen. Ehe Hinz mit dem Befehl an die Hausthür gelangte, ward diese aufgerissen und unter wüstem Lärm ein Mann herausgeschleudert, ihm entgegen, daß er unter dem Anprall fast mit zur Erde fiel. Der Mann blutete am Kopf und richtete sich mühsam an einem der Holzpfähle auf, die das Vordach trugen. Mitleidig neigte sich Hinz, ihm zu helfen. „Herr, ist das Euer Gefährt, so habt Erbarmen und nehmt mich bis Danzig mit. Zerschlagen und geschunden, wie ich von den verfluchten, rohen Gesellen da bin, muß ich sonst elendiglich auf der Landstraße umkommen.

„Bekommen wir kein Bier?" fragte Herr Baumgart, den Kopf unter dem Schutzleder der Kibitke heraussteckend. Hinz trat an den Wagen und berichtete.

„Nehmt den armen Schelm zu Euch auf den Bock", befahl Baumgart.

„Gott segne Euch dafür, Herr, in Eurer letzten Stunde! Doch laßt mich zu Euch unter das Verdeck. Ich kann Euch gleich meine Dankbarkeit beweisen, indem ich Euch ein Geheimniß vertraue."

„Mit Verlaub, Herr", rief Hinz, „traut nicht dem Mann. Das ist ein Angeber und Schuft, wie es nicht so bald den zweiten in Danzig giebt. Um warm zu sitzen, verräth er Rath und Bürgerschaft."

„Ihr kennt ihn?" fragte Baumgart.

„Es ist Holzer, der Näthler von Langgarten. Ihr Herren, laßt ihn am Wege verkommen, wie einen räudigen Hund; er verdient es nicht besser.

„Hier ist das Warmbier", rief in die Hausthür tretend die Wirthin. „Es ist ja wie zur Dominikszeit, wo man auch nicht Tag, nicht Nacht Ruhe hat. Die Herren kommen wohl von der Marienburg, wo eine Mummerei gewesen sein soll, wie man dergleichen hier zu Land noch nicht gesehen hat."

„So ist es, Frau Wirthin", antwortete Wiedemann.

„Hier habt Ihr Bezahlung und einen Extragroschen. Gebt dem Strolch da was Warmes, und laßt ihn bis zum vollen Tag ins Heu kriechen."

Die Wirthin wollte sich gegen diese Zumuthung wehren, doch Baumgart schnitt ihr das Wort ab, indem er darauf bestand, daß der Holzer mitgenommen wurde und zwar unter dem Verdeck. Hinz schwang sich brummend auf seinen Platz, und mächtiger griffen die starken Rappen aus, daß der Schlitten auf der guten Bahn mit dem Wind um die Wette dahinflog.

„Nun heraus mit der Sprache", sagte Baumgart zu Holzer, der sich in die äußerste Ecke des Rücksitzes drückte. „Weh Dir aber, wenn Du uns hintergehst."

„Wie könnt ich Wurm das wagen wollen, Herr! Mit dem kleinen Finger Eurer linken Hand erdrücktet Ihr mich."

„Du kennst Dein Schicksal. So rede denn!"

„Bei Thorn soll Frieden gemacht werden."

„Wer sagt Dir das?" fragte Baumgart.

„Wer in gutem Glauben redet, lügt nicht; aber er kann falsch berichtet sein, und mir scheint, daß Du es bist", redete Wiedemann dazwischen.

Holzer lachte. „Meine Kunde ist echt."

„Wo hast Du sie erhorcht?" fragte Thomas.

„Herr, habt Ihr keinen Glauben zu mir, so laßt mich schweigen."

„Weh Dir, machst Du Ausflüchte!" rief Baumgart. „Rede rund heraus!"

„Ihr Herren, Ihr, sammt Eurem Besitz und ganz Danzig sind verkauft. Um Danzig zu erlangen, macht Polen mit dem Orden Frieden. Zum Lohn für die Dienste, die Herr Letzkau dabei leistet, wird er Starost und Kammerherr des Königs."

Nikel Thomas hatte schweigend der Verhandlung zugehört; jetzt war seine Geduld am Ende. Mit einem Fluch riß er die Wagenthür auf, faßte Holzer an den Kragen, und ehe Baumgart sich seines Schützlings annehmen konnte, lag er im tiefen Schnee des Wegrandes, zum Ergötzen von Hinz, der sich bei diesem Anblick die Kniee rieb vor Vergnügen und allerlei Hohnreden auf den Daliegenden herabschleuderte.

„Wenn Letzkau der Verräther wäre" — hub Baumgart an.

„Dem Schuft könntet Ihr Glauben schenken?" unterbrach ihn Wiedemann.

„So gut er zu der Kenntniß von dem bevorstehenden Friedensschluß gekommen, so gut könnt er über die weiteren Conditiones zwischen dem Hochmeister und dem Letzkau unterrichtet sein" — fuhr Baumgart fort.

„Geht der Letzkau auch seine eigenen Wege, ein Verräther ist der nimmermehr, das sag ich, Nikel Thomas!"

„Ihr hättet die wichtigste Ursach, ihn zu vertheidigen", erwiderte Baumgart höhnisch.

„Ist er auch oft im Rath mein Gegner, so ist er doch ein ehrlicher Mann, der seine Meinung nach bestem Wissen und Willen vertheidigt, das muß ihm der Feind lassen."

„Er vertheidigt seine Meinung nicht nur, er setzt sie auch durch", höhnte Baumgart weiter.

„Laßt den Streit", sagte Wiedemann. „Wir müssen einen willensstarken Mann an der Spitze haben, und es ist ein Glück für die Stadt, daß er gut steht mit dem Hochmeister."

„Zweien Herren dient niemand ungestraft."

„Halt! Werda!" erscholl der Ruf der Wache vor dem Thor am Stockthurm und schnitt Herrn Baumgart das Wort ab.

„Die Rathsherren Thomas, Baumgart und Wiedemann", antwortete der letztere.

Der Wachthabende rief die Wache heraus, ließ sie zur Ehrenbezeugung vor den Herrn aufmarschiren und schwenkte die Fahne zum Gruß. Der Thorwart zog auf diesen Wink die Glocke, und mit knarrendem Geräusch öffneten sich von innen die gewaltigen eisenbeschlagenen Thorflügel und ließen den Herrenschlitten hindurch. Hinter ihm schlossen sie sich wieder mit krachendem Geräusch. (Forts. f.)

L. Naturforschende Gesellschaft.

Sitzung vom 19. Januar 1887.

Der Vorsitzende, Herr Prof. Bail, eröffnet die Sitzung. Herr Director Dr. Conwentz legt eine Broschüre, die systematische Förderung wissenschaftlicher Landeskunde in Deutschland, von Dr. Lehmann in Halle vor, in welcher auf die Vernachlässigung geographischer Forschungen und auf den Mangel einer zusammenfassenden Geographie in unserem eigenen Vaterlande hingewiesen wird. Der Vortragende bemerkt hieran anschließend, daß seit einigen Jahren auf Anregung Lehmanns eine Commission ins Leben getreten ist, welche die Förderung der eingehenden wissenschaftlichen Landeskunde in allen Theilen des Reiches sich zur Aufgabe gestellt hat. Dieselbe hat zunächst mit der Herausgabe von einschlägigen Abhandlungen begonnen unter dem Titel: Forschungen zur Landes- und Volkskunde, welche insgesammt eine Geographie von Deutschland vorbereiten sollen. In einzelnen Provinzen ist von mehreren wissenschaftlichen Vereinen die Literatur der geographisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten ihrer bezüglichen Gebiete bereits publicirt und eine Reihe von Abhandlungen als Beiträge zur speciellen Landeskunde in Vorbereitung. [Gleichzeitig

vativen Monopolfreunden empfohlen wird, lediglich weil sie Anhänger des Septennats sind."

Das ist's, was auch wir meinen und worin die Thatsache besteht, daß Bennigsen der Führer einer Partei geworden ist, die der Reaction Dienste leistet.

---

* **Berlin**, 25. Januar. Zu den bedrohlichen „Kriegserscheinungen", auf welche die jüngsten officiösen **Alarmnachrichten** das deutsche Publikum verwiesen, gehörten bekanntlich auch die in großen Quantitäten ausgeführten Ankäufe von **deutschem Schwefeläther** seitens der französischen Regierung behufs Herstellung des geheimnißvollen neuen Sprengstoffs Melinit. Die Thatsache dieser Ankäufe **wird** als solche bestätigt; zu ihrer Beurtheilung erhält die „Voss. Ztg." indeß gleichzeitig folgende ebenso wohlverbürgte Erläuterung: Bei den erheblichen Ausfuhren von Schwefeläther nach Frankreich, bezw. nach Belgien und Holland in letzter Zeit ist in erster Linie die Berliner chemische Industrie betheiligt gewesen. Eine hiesige weitbekannte Fabrik hatte mit einem mit der französischen Militärverwaltung in Verbindung stehenden belgischen Hause Lieferungsverträge über sehr bedeutende Mengen Schwefeläther abgeschlossen, und zu nicht geringem Theil war die große Courssteigerung, welche die Actien dieser Fabrik in neuerer Zeit erfuhren, auf den Abschluß dieses gewinnbringenden Geschäfts zurückzuführen. Die Direction des betreffenden Etablissements hatte sich, sobald ihr der Zweck, für welchen der zu liefernde Schwefeläther Verwendung finden sollte, bekannt geworden war, an die Regierung mit der Anfrage gewendet, ob die Weiterlieferung dieses Fabrikats nach Frankreich unter den obwaltenden Umständen etwa dem Interesse Deutschlands zuwiderlaufen würde, worauf alsdann von maßgebender Stelle die Antwort erfolgt sein soll, **man möge ruhig weiter liefern, so viel wie die Franzosen haben wollen**, nur solle man sich den Aether ordentlich bezahlen lassen.

* **[Der liebe Gott und die Wahlen.]** In der königl. „Leipziger Zeitung" wird eine kirchliche **Fürbitte für conservative Wahlen** in Anregung gebracht. Dagegen soll die bisher übliche kirchliche Fürbitte für den Reichstag in Wegfall kommen. Die „Frkf. Ztg." bemerkt hierzu:

„Bisher hat man nur von einzelnen katholischen Bischöfen (in Oesterreich) gehört, daß sie den Herrgott auch bei den Wahlen in ihrem Sinne um Hilfe anflehen. In protestantischen Landen ist's eine neue Erscheinung. Aber freilich, nachdem man bereits die Person des Kaisers in den Wahlkampf gezogen, darf auch dieser neueste Vorschlag nicht mehr befremden.

Das Frankfurter Blatt irrt sich. Hier in Danzig hat man bekanntlich conservativerseits den lieben Gott auch schon bei den Wahlen ins Treffen geführt.

* **[Viel Lärm um Nichts.]** Die bereits dementirte Tatarennachricht der „Daily News", Deutschland sei im Begriffe, Erklärungen über die französischen Rüstungen zu verlangen, hat in Berlin und in Paris doch einigen Staub aufgewirbelt. In Paris war die Aufregung einen Augenblick sehr groß. Nachdem aber die Minister die Nachricht für Erfindung erklärt hatten, mit dem Bemerken, daß die officiellen Beziehungen zwischen Paris und Berlin durchaus befriedigende seien, wurden am Abend Extrablätter mit der Mittheilung: „der Friede ist erhalten" ausgeboten. Es war eben wieder einmal blinder Lärm.

* **[Prof. Wagner und das Patrimonium der Enterbten.]** Herr Professor Adolf Wagner hat Veranlassung genommen, in einer Wählerversammlung sich über die Behandlung zu beklagen, die man ihm hat zu Theil werden lassen. Er war es bekanntlich, der vor sechs Jahren das Stichwort: „Das Tabakmonopol soll ein Patrimonium der Enterbten sein" in die Agitation hineinwarf. Jetzt berichtet er, er sei veranlaßt worden, dieses Stichwort auszugeben, und sei später im Stiche gelassen worden. Von wem er veranlaßt worden ist, sagte er nicht; die Gefahr ist aber gering, daß irgend jemand eine irrige Vermuthung aufstellte.

Der Vorgang ist, bemerkt dazu der Correspondent der „Berl. Ztg.", nach zwei Seiten hin interessant. Erstens hatte bisher Herr Wagner mit großem Selbstgefühl alle Andeutungen zurückgewiesen, daß er seine wissenschaftlichen Anschauungen dem Gange der praktischen Regierungspolitik anbequeme. Im Gegentheil, so liebte er es anzudeuten, die Regierung habe sich endlich dazu verstanden, dem hohen Fluge seiner wissenschaftlichen Ideen zu folgen. Zum ersten Male giebt er jetzt zu, daß er für andere habe die Kastanien aus dem Feuer holen wollen, und beschwert sich bitter, daß er sich dabei die Finger verbrannt habe.

Andererseits ist auch wohl zu bemerken, welche Bemühungen angewendet werden, um neue Projecte in das Publikum zu lanciren. Die Journalisten, welchen die Herren Minister ein gutes Auffassungsvermögen für ihre Ideen nachrühmen, reichen doch für die zarteren und schwierigeren Aufgaben nicht hin. Und unter Umständen wird es nöthig, neue Pläne in dem Lichte erscheinen zu lassen, daß Vertreter der „modernen Wissenschaft" sie befürworten: Für die liberale Presse ist es jedenfalls geboten, allen neuen Projecten, mögen sie noch so phantastisch erscheinen, scharf aufzupassen.!

* **[Theilung des Kreises Buk.]** Sicherem Vernehmen der „P. Z." nach wird auch eine Theilung des Kreises Buk beabsichtigt, und zwar in einen Kreis Neutomischel und in einen Kreis Grätz.

* **[Deutsche Kriegshetzer.]** Die conservative „Reichsp." in Stuttgart empfiehlt, „da der Krieg im Frühjahr in Folge der Abstimmung im Reichstage doch einmal zur Wahrscheinlichkeit geworden", ganz offen heraus, daß die deutsche Armee den durch die Repetirgewehrausrüstung gewonnenen Vorsprung **lieber sogleich zum Losschlagen benutze.**" Natürlich soll, sagt hierzu sehr zutreffend die „Voss. Ztg.", dieses Kriegsungestüm in conservativen Blättern die Wähler nur davon überzeugen, daß sie durch liberale Wahlen das Elend des Krieges unfehlbar heraufbeschwören würden; in Frankreich aber könnte man einfach auf solche die deutschen Regierunksinteressen vertretenden Blätter hinweisen, um darzuthun, weshalb man sich gegen Ueberraschungen an der Grenze zu schützen suche. Der nackte Chauvinismus findet allerdings in Deutschland wenig Boden; eine Abart dieses Unkrauts gedeiht aber auch bei uns, der verhüllte Chauvinismus nämlich, der mit der Maske nationaler Zwecke nach Außen lediglich Parteiinteressen im Innern zu fördern sucht."

* **[Reichsmünzen.]** Nach einer dem Bundesrath zugegangenen Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende 1886 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen belief sich die Gesammtsumme der Beträge auf rund 488 580 501,78 Mark. Von dieser Summe entfallen auf Fünfmarkstücke 71 653 095, Zweimarkstücke 102 515 678, Einmarkstücke 175 8 3027, Fünfzigpfennigstücke 71 486 552, Zwanzigpfennigstücke 25 569 422,80, Zehnpfennigstücke 22 137 650,70, Fünfpfennigstücke 11 259 633,75, Zweipfennigst. 4 494 757,44 und Einpfennigstücke 3 645 685,09 Mark.

Stettin, 24. Jan. Auswärtige Blätter hatten gemeldet, daß auch die Nationalliberalen einen Candidaten aufstellen wollten, und zwar den Commerzienrath Schlutow. Derselbe ist aber bekanntlich gar nicht nationalliberal und läßt außerdem in der „N. St. Z." erklären, daß er unter keinen Bedingungen gegen den bisherigen Vertreter Stettins, Brömel, candidiren werde.

Der Oberpräsident Graf Behr-Negendank hat die ihm von den Conservativen angebotene Candidatur abgelehnt.

Posen, 25. Januar. Die hiesigen **polnischen Socialisten** haben gestern eine ziemlich rege Thätigkeit entfaltet, die sich hauptsächlich darin offenbarte, daß sie in den Fluren und Höfen der Häuser polnisch-socialistische Flugblätter verbreiteten. In einem dieser Blätter wird unter anderem den polnischen Abgeordneten im Reichstage der Vorwurf gemacht, daß sie dort „Vermögen machen". — Wie bereits im Mittagblatt mitgetheilt, ist der Versuch eines polnischen Socialisten, in der polnischen Wählerversammlung am Abende desselben Tages die vermeintlichen Rechte der Arbeiter geltend zu machen, vollkommen mißlungen; es war dies, wie der „Dziennik Pozn." mittheilt, ein Schuhmachermeister Wisniewski. Er und seine Gesinnungsgenossen wurden zum Schweigen gebracht, und nach Schluß der Versammlung fand beim Verlassen des Saales eine unliebsame Scene statt, indem die Wähler einen der polnischen Socialisten schmählich durchprügelten. Der „Orendownik" tadelt es, daß die Versammlung jenen Schuhmachermeister nicht zum Worte gelassen habe und daß es zu einer wirklichen Schlägerei gekommen, und bemerkt:

„Ob jener Wähler ein Socialist war, oder nicht, wissen wir nicht, aber das wissen wir mit Sicherheit, daß in der Versammlung Socialisten waren, welche gewiß auch bei den Wahlen mit einem eigenen Candidaten auftreten werden. Mit diesen Socialisten muß man rechnen, denn ihre Agitation ist in Posen in Wirklichkeit größer, als man im allgemeinen denkt. (P. Z.)

Posen, 25. Januar. Die heutige General-Versammlung der Actionäre der neu gegründeten polnischen (**Rettungs**-) Landwirthschaftlichen Bank beschloß die Erhöhung des Actienkapitals auf drei Millionen Mark.

Magdeburg, 23. Januar. Wegen **anarchistischer Pläne** verurtheilte, laut Meldung der „Post", das Schwurgericht den Eisendreher Robert Drichel von hier zu 5 Jahren 2 Monaten Zuchthaus.

* **In Magdeburg** soll, der „Magdeb. Ztg." zufolge, der Oberbürgermeister v. Forckenbeck als Candidat der Freisinnigen aufgestellt werden.

* **In Lauenburg** wird Graf Wilhelm Bismarck candidiren, da Graf Herbert nicht wieder wählbar ist. Freisinniger Candidat bleibt der bisherige Vertreter Berling.

V **Kiel**, 23. Jan. Ich komme nochmals auf die Gerüchte, betreffend den angeblichen **Ankauf von dänischen Pferden für die französische Armee** zurück. Die Herren Levy frères aus Paris, welche sich dieser Tage in Aarhus aufhielten, haben seit Mitte November bis jetzt ca. 1500 Pferde gekauft, die einen Werth von 600 000 Kronen (666 667 Mk.) repräsentiren. Seit dem Jahre 1877 haben die Herren jedes Jahr eine gleiche Anzahl Pferde in Jütland aufgekauft, um dieselben in Paris als Droschkenpferde zu verwenden. Die Gesellschaft besitzt 18 000 Pferde. In „Jyllandsposten" erklären die Herren Levy frères anderweitigen Nachrichten gegenüber, daß in Jütland keine Pferde zu Militärzwecken gekauft sind, und daß fremde Pferde überhaupt nicht der französischen Artillerie einverleibt werden dürfen.

Armsheim, 23. Jan. Die offizielle Proklamirung **Bambergers** als Candidat der deutschfreisinnigen Partei für den Wahlkreis Alzey-Bingen erfolgte soeben seitens einer überaus zahlreichen Vertrauensmänner-Versammlung unter lebhaftester Zustimmung der Anwesenden.

Essen, 24. Januar. Die „nationalen" Parteien des Wahlkreises Essen-Herne haben den Sohn des geheimen Commerzienraths Krupp, Friedrich Alfred Krupp, als Candidaten für die Reichstagswahl aufgestellt, und derselbe hat die Candidatur angenommen.

Frankfurt a. M., 25. Januar. Sämmtliche in voriger Woche in den Prozeß verwickelte, sowie elf weitere **Socialisten** sind soeben **ausgewiesen** worden.

Straßburg, 23. Januar. Der „Straßb. Post" wird Einsicht in einen Brief verstattet, den ein in St. Dié wohnender Elsässer an seine Straßburger Angehörigen gerichtet hat. Es heißt da: „Die Leute glauben hier, daß der Krieg wirklich bevorstehe und daß die Prussiens wieder über Frankreich herfallen wollen. Andere sagen, die Stunde der Revanche hätte geschlagen, und die vielen eingewanderten Elsässer sagen ohne Hehl, daß die Zeit der Wiedergewinnung ihres Heimathlandes gekommen sei. Ich glaube es nicht, weil ich die Verhältnisse jenseits doch besser kenne und also das deutsche Militär kenne und auch weiß, wie man sich in Straßburg an das Neue gewöhnt hat. Jedenfalls wäre es besser, alles behielte seine Ruhe, und wir machten unsere Geschäfte in Frieden weiter. So denken die Franzosen fast alle und sagen es auch. **Unsere Leute machen hier viel mehr Spectakel als die Franzosen**, und es giebt manchmal böse Worte daher. „Gott erhalte uns den Frieden." Daraus geht hervor, daß nicht sowohl die Franzosen, als die eingewanderten Elsässer hetzen und schüren, was man freilich schon lange wußte.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 22. Januar. Die demnächst erscheinenden Durchführungs-Vorschriften zum **Landsturmgesetz** enthalten die Bestimmung, daß die Organisation sich vorläufig bloß auf jene Sturmmänner des ersten, bis zum 37. Lebensjahr reichenden Aufgebots beziehen soll, die in der Armee bereits gedient haben.

Serbien.

* **[Verschwörung.]** Der „Fidelio" in Belgrad bringt Enthüllungen über eine Verschwörung gegen König Milan; ungarische Serben sind in die Sache verwickelt; die ungarische Regierung hat die Untersuchung eingeleitet.

Bulgarien.

Sofia, 24. Januar. (Telegramm der „Agence Havas".) Die von **Zankow** formulirten **Vorschläge** sollen folgenden Inhalt haben: Beseitigung der Regentschaft, Ueberlassung der Ministerien des Innern und des Auswärtigen an Anhänger seiner (Zankow's) Partei, Uebertragung des Kriegsministeriums an General v. Kaulbars. Die Urheber des Staatsstreiches sollen in ihre früheren Stellungen wieder eingesetzt und die Armee einstweilen beurlaubt werden. (W. T.)

Rumänien.

Bukarest, 24. Jan. In der **Deputirtenkammer** veranlaßte die Interpellation des ehemaligen Bukarester Maires Fleva über die Communalwahlen eine lebhafte Debatte zwischen Fleva und dem Ministerpräsidenten Bratiano. Da Fleva nach der Antwort Bratianos nochmals zu einer persönlichen Angelegenheit das Wort verlangte, verließ die Majorität den Saal. Minister Sturdza verblieb allein auf der Ministerbank. (W. T.)

Afrika.

* Nach einem Telegramm des „Reuter'schen Bureau" haben die **abessynischen Truppen den Emir von Harrar** vollständig geschlagen: letzterer flüchtete nach Ogaden, die Abessynier besetzten Harrar ohne Gewaltthätigkeiten gegen Leben und Eigenthum der Einwohner.

Telegraphischer Specialdienst
der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Januar. Im Abgeordnetenhause erschien heute der Reichskanzler nicht. Natürlich konnte aber die gouvernementale Mehrheit sichs nicht versagen, nach Kräften in die von Bismarck eröffnete Kerbe zu hauen. Es ging noch die ganze Sitzung über diese Wahldebatte dahin und zwar immer noch aus Anlaß der Position „Gesandtschaften". Schließlich wurde dieselbe natürlich bewilligt, ebenso der Rest der Tagesordnung, dieser ohne Debatte.

Abg. Enneccerus (nationalliberal) kämpft gegen die angebliche Legendenbildung. Eine solche sei die Legende vom letzten Mann und letzten Groschen. Dem Fortschritt sei es gar nicht ernst mit der Bewilligung gewesen. So bestreitet Redner nach und nach alles. Als er von den Carolinen spricht, ruft Abg. Meyer-Breslau dazwischen „Lumperei". Nun greift der Redner den Abg. Meyer heftig wegen dieses Wortes an, weil er glaubt, dieser sei der Erfinder desselben. (Bekanntlich hat Fürst Bismarck diesen Ausdruck bezüglich der Carolinen gebraucht.) Redner schließt: Wir wollen getrost abwarten, ob Sie mit Ihrer Legendenbildung, oder wir mit unserm Appell an den Patriotismus mehr ausrichten.

Abg. Windthorst findet nicht, daß die angeblichen Legenden widerlegt worden seien. Die gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers seien sehr diplomatisch und gewunden gewesen: ihnen stehen aber bezüglich des allgemeinen Stimmrechts die sehr bestimmten Erklärungen des Ministers v. Puttkamer gegenüber, zu denen auch noch die bekannten Aeußerungen des Abg. v. Helldorff kämen. Der Reichskanzler war der Vater der Culturkampfgesetze trotz aller Ableugnung. Wie dem Centrum, so versuche der Kanzler der freisinnigen Partei den Vorwurf destructiver Tendenzen zu machen; eine solche Behauptung gegenüber einer Partei, die Männer wie Forckenbeck, Virchow und Stauffenberg zu ihren Mitgliedern zähle, lasse sich schwer glaubhaft machen. So dächten auch hohe Autoritäten, die noch einmal viel höhere Autoritäten werden könnten. Der Papst mische sich nicht in die inneren Verhältnisse eines Landes, wenn es sich nicht um die Interessen des katholischen Volkes handele. Sollte der Papst aber vor den Wahlen eine Mahnung erlassen, so werde das Centrum dieselbe immer mit der Freude begrüßen, mit der es stets den h. Vater höre. Uebrigens habe man gestern zum ersten Male etwas über die schwebenden Verhandlungen gehört, dagegen verlaute nichts, daß diese Verhandlungen auch zum Abschluß gekommen seien. Der Kanzler habe behauptet, daß er in seinen Zugeständnissen weiter gehen würde, wenn er nicht durch seine Collegen gehindert würde. Sonst pflegten die Collegen, wenn sie dem Kanzler entgegenträten, „gerommelt" zu werden. (Große Heiterkeit.) So würde es sicher auch Herrn v. Goßler im gleichen Falle ergehen. (Sehr wahr!)

Abg. v. Minnigerode (cons.) findet, daß der Kanzler in allen Stücken recht hat. Seine Partei wird in der Militärfrage treu zu der Regierung stehen und diese Frage zur Probe des Wahlkampfes machen.

Abg. Rintelen (Centr.) weist eingehend nach, wie gänzlich unstichhaltig des Reichskanzlers Interpretation der Artikel 59, 60 und 63 der Verfassung sei.

Abg. Cremer (cons.) hält eine mit vielen sehr kräftigen Ausdrücken gespickte und darum mehrfach mit lebhaftem Beifall von der gouvernementalen Seite begleitete Rede gegen die Freisinnigen und das Centrum. Der Culturkampf werde dahin führen, daß man alle Achtung vor den Katholiken verliere. Der Erfolg der conservativen Partei in Berlin, fuhr er fort, ist ein großer, denn es ist mir doch gelungen, mit Richter in die Stichwahl zu kommen. (Heiterkeit.)

Nach dieser Rede wird von den Conservativen und Nationalliberalen die Debatte geschlossen, so daß die freisinnige Partei nicht zum Worte gelangt. Persönlich bemerkt Abg. Meyer-Breslau: Als Hr. Enneccerus sich über die Colonialpolitik verbreitete, rief ich ihm ein einzelnes Wort zu: „Lumperei". Dieses Wort hat hohe Entrüstung bei Hrn. Enneccerus erregt, weil er mich für dessen Erfinder hält. Ich bin nicht der Erfinder, ich habe ein Wort wiederholt, welches im Reichstage zuerst gefallen ist. Auf die übrigen Ausführungen des Herrn Enneccerus kann ich nicht eingehen, nachdem die Majorität die gestern angeschlagene Musik, deren Charakter allerdings zweifelhaft war, durch eine Schlußcadenz beendet hat, die offenbarte, es war eine Symphonie mit Paukenschlag. (Stürmische Heiterkeit.)

Das Kapitel „Gesandtschaften" wird bewilligt. Bei dem Etat „Gesetzsammlungsamt" spricht Abg. Meyer-Arnswalde sein Bedauern darüber aus, daß die Amtsvorsteher zum Halten der Gesetzsammlung verpflichtet seien. Es verursacht das den Betreffenden viel Kosten, während diese Sammlungen sehr wenig Werth für die kleinen Amtsvorstände hätten. Den Gemeinden möchte man das Halten der Amtsblätter erlassen.

Morgen soll keine Sitzung sein, um der Budget-Commission Zeit zum Arbeiten zu geben.

Nächste Sitzung Donnerstag: Etat der Domänen, Forsten und indirecten Steuern.

Berlin, 25. Jan. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 175. königl. preuß. Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn zu 100 000 Mk. auf Nr. 143 869.
1 Gewinn zu 50 000 Mk. auf Nr. 49 041.
1 Gewinn zu 30 000 Mk. auf Nr. 43 713.
1 Gewinn zu 15 000 Mk. auf Nr. 91 573.
6 Gewinne zu 10 000 Mk. auf Nr. 1286 16 199 46 356 84 939 131 210 180 885.
4 Gewinne zu 5000 Mk. auf Nr. 18 755 129 976 153 744 183 466.

---

mit diesen werden Einzelbeschreibungen geographisch-naturhistorischen und ethnologischen Inhaltes, in umfassenderer Weise bearbeitet, edirt werden.] Es dürfte somit der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo alle diese zerstreuten Beobachtungen gesammelt und gesichtet zu einer detaillirten Geographie Deutschlands verarbeitet werden können. Im verflossenen Jahre hat nun die Centralcommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland die Herausgabe eines Verzeichnisses der Forscher auf jenen berührten Gebieten alphabetisch und außerdem nach den einzelnen Disziplinen geordnet, veranlaßt. Dieses Verzeichniß soll einen bequemen Ueberblick darüber gewähren, welche Forscher in irgend einem Zweige der Landes- und Volkskunde wissenschaftlich thätig sind und dem Einzelnen auf bequeme Weise Adressen verschaffen, um mit Fachgenossen leichter als bisher in verschiedenen Theilen des Reiches Fühlung nehmen zu können. — Derselbe legt sodann die erste Lieferung des **Bilderatlas der Vögel Preußens von A. Rehberg** vor. Der Verfasser ist uns bereits durch eine Arbeit über die Schmetterlingsfauna der Umgegend von Marienwerder bekannt geworden. Er hat gegenwärtig unternommen, die in den Provinzen West- und Ostpreußen vorkommenden Vögel abzubilden und diese colorirten Tafeln nebst einem kurzen Text zu publiciren. Es ist das Unternehmen als erster Versuch nach dieser Richtung freudig zu begrüßen und der vorliegende Atlas gewiß für Schulzwecke, für Vogelliebhaber und Jagdfreunde besonders seines billigen Preises wegen zu empfehlen. Der Kaufpreis der ersten Lieferung, welche die Raubvögel auf 15 Tafeln behandelt, ist von der Verlagsbuchhandlung von R. Kanter in Marienwerder auf nur 3 bez. 5 Mk. (col.) festgesetzt. Die zweite und dritte Lieferung wird die Singvögel, die vierte Lieferung die taubenartigen Kletter- und Laufvögel, die fünfte die Sumpfvögel, die sechste Lieferung die Schwimmvögel umfassen. — Hierauf spricht Herr Oberlehrer Dr. **Kiesow** über eine von ihm im vorigen Sommer unternommene wissenschaftliche Reise nach der Insel Gotland. Zweck derselben war das Studium der daselbst anstehenden silurischen Schichten und ihrer Petrefacten. Die Dilluvialgeschiebe oder erratischen Blöcke, welche die ganze norddeutsche Tiefebene bedecken, sind ehemals durch Eismassen von Schweden und den russischen Ostseeprovinzen zu uns gebracht worden. Die dortigen Ablagerungen sind daher für die Frage nach der Herkunft unserer Geschiebe von der größten Bedeutung. Ohne Studium jener Schichten verfällt der Forscher auf diesem Gebiet in eine Einseitigkeit, welche nur zu oft zu falschen Schlüssen führen kann. Bei weitem am häufigsten kommen auch in unserer Provinz Geschiebe vor, welche ein silurisches Alter haben. Die genaue Kenntniß der silurischen Formation erscheint daher für einen jeden, der sich mit Diluvialgeschieben wissenschaftlich beschäftigt, durchaus geboten. Gotland mit seinem geologisch alten, an organischen Resten reichen Boden bietet günstige Gelegenheit, einen großen Theil der wichtigen Petrefacten und Ablagerungen jener für uns wichtigen Formation kennen zu lernen, weshalb diese Insel stets die Aufmerksamkeit der Geologen und Paläontologen auf sich gezogen hat.

Der Vortragende verweilte 10 Tage auf Gotland, hat daher nur einen Theil der Insel genauer studiren können. Gotland in SW.-NO.-Richtung lang gestreckt, zwischen dem 57. und 58. Grad n. Br. gelegen, mit einem Areal von 54 Qu.-Meilen, zeichnet sich in der Configuration seines Küstenverlaufs durch die überaus zahlreichen Buchten aus. Der Charakter der Insel ist parkartig; die zahlreichen Gehöfte liegen zerstreut, sind im ganzen klein, und nur im Süden von Wisby befinden sich größere Landgüter. Das Klima ist ein durchaus temperirtes; die Temperatur sinkt im Winter nicht unter —15°, der Sommer zeichnet sich durch kühle Abende und nicht zu heiße Tage aus. Gewitter und reichliche Niederschläge sind ziemlich häufig, welchen letzteren im allgemeinen ein üppiger Graswuchs auf dem mit fruchtbarem Erdreich bedeckten Kalkboden seine Entstehung verdankt. In den zahlreichen umzäunten Koppeln finden hauptsächlich Pferde und Rinder, der Zahl nach gegen unsere Gegend zurücktretend, gute Weide. Der Wald wird durch Kiefern und Rothtannen gebildet, welche, an der Küste zwergartig, im Innern der Insel ein stattliches Aussehen haben. Die Bodenerhebungen sind nicht sehr bedeutend; sie entsprechen etwa denen unseres Hügellandes. Die tief gelegenen Stellen der Insel sind mit zahlreichen Mooren und Sümpfen bedeckt, zum Theil noch Seen einschließend, welche die letzten Reste großer im Laufe der Zeit allmählich versumpfter Binnenseen sind. Diese Moore werden gegenwärtig entwässert und urbar gemacht. — Die Ufer der Insel sind im allgemeinen hoch und besonders an der Ostküste mit eigenthümlichen Steinsäulen besetzt, welche im Gebiete der Ostsee für Gotland und auch für Bornholm sehr charakteristisch sind. Besonders merkwürdig ist ihre regelmäßige Anordnung. Die Entstehungsweise dieser Steinsäulen ist noch nicht aufgeklärt worden. Die Bedingung für ihre Bildung ist jedenfalls harter Stein und Nachbarschaft des Meeres. Die höher gelegenen Steinriesen bezeichnen alte Strandlinien. An der Ostküste fallen besonders die hohen zerrissenen Plateaux auf, welche in ihren einzelnen Theilen durch tiefe Einschnitte von einander getrennt, die Bezeichnung „Burgen" erhalten haben. Außerdem werden an der Küste zahlreiche Grotten und weiter landeinwärts unterirdische Wasserläufe angetroffen, deren Vorkommen auf einem so spaltenreichen Kalkplateau wie das Gotlands ist, nur zu natürlich ist. — Was nun die geologischen Verhältnisse dieses interessanten Gebietes anlangt, so wird der Boden der Insel vorwiegend aus obersilurischen Schichten gebildet; stellenweise treten auch diluviale Ablagerungen mit Geschiebeblöcken und Alluvionen auf. Die Schichten streichen in der Richtung von SW. nach NO. und fallen nach SO. ein. Außer den einheimischen Forschern, an ihrer Spitze Professor Lindström, hat noch eine Reihe fremder die dortigen silurischen Schichten zu ihrem Studium gewählt. Die auf Gotland anzutreffenden älteren Schichten sind nach Lindström in ihrem obersten Niveau dem jüngsten Obersilur, in ihren untersten Partieen dem oberen Mittelsilur äquivalent. Den Vortragenden interessirten besonders die Beirichien führenden Schichten, denen er während der Reise seine Hauptaufmerksamkeit zuwandte. Die Reise wurde zu Schiff am 3. Juli vorigen Jahres von Stettin aus zunächst nach Stockholm unternommen. Nach kurzem Aufenthalt ging von hier aus die Fahrt nach Wisby, sodann wieder in die See hinaus längs der Westküste der Insel nach Norden und Nordosten. Nach nochmaliger Landung wurde die Reise nunmehr zu Lande fortgesetzt; zum Theil allein, zum Theil in Begleitung des mit den geologisch wichtigen Lokalitäten besonders vertrauten Professor Lindström. So wurde eine Reihe sehr interessanter Excursionen unternommen, welche eine reiche Ausbeute an für die dortigen Schichten wichtigen Versteinerungen aus den Gattungen Beirichia Chonetes, Pentamerus, Atrypa Leperditia, Orthis Retzia 2c. ergaben. Besonders hervorzuheben ist das wiederholte Auffinden mehrerer anstehenden Kalksteine mit ihren für die dortigen Ablagerungen charakteristischen Versteinerungen, welche in unserer Gegend als Diluvialgeschiebe im Zoppot-Olivaerwalde, bei Langenau 2c. gesammelt sind. Es ist damit als Heimat mancher dieser Findlingsblöcke die Insel Gotland erkannt worden. — Zum Schluß demonstrirte der Vortragende als Auslese seiner reichen Ausbeute eine Reihe schön erhaltener Versteinerungen.

27 Gewinne zu 3000 Mk. auf Nr. 2933 12 618 27 633 32 983 37 582 43 867 44 285 49 869 64 263 64 566 67 159 72 151 77 951 81 914 84 791 107 704 113 128 115 234 117 858 127 578 138 848 144 397 147 152 153 279 155 885 155 905 185 011.

29 Gewinne zu 1500 Mk. auf Nr. 30 085 31 923 43 689 44 873 45 573 46 097 48 425 51 374 58 894 66 153 67 303 77 823 81 371 86 325 104 067 111 330 138 379 141 047 153 204 160 600 160 733 162 504 166 394 172 081 176 059 183 469 183 545 185 602 188 818.

Berlin, 25. Jan. **Die „Nordd. Allg. Ztg." dementirt gleichfalls die Brandnachricht der „Daily News" und schreibt mit officiösen Blättern: Die „Daily News" hat gestern die Nachricht gebracht, Deutschland habe beschlossen, von der französischen Regierung Aufklärungen über Truppenbewegungen an der Grenze zu verlangen. In Folge dessen sollen mehrere französische Deputirte Anfragen an den Ministerpräsidenten gerichtet und von demselben die Antwort erhalten haben, er erachte die Nachricht der „Daily News" für völlig falsch. Wir sind in der Lage, diese Ansicht Herrn Goblets zu bestätigen. Die Mittheilung der „Daily News" beruht auf einer Erfindung. Es ist unwahr, daß Deutschland beschlossen habe, von Frankreich Aufklärungen über Truppenansammlungen zu verlangen.**

— Der Bundesrath soll heute über das Pferdeausfuhrverbot verhandelt haben.

— Die hiesige Privatpostgesellschaft „Hansa" hat ihre Thätigkeit eingestellt.

— Die wegen vorzeitiger Veröffentlichung der Hauptanklagepunkte in dem Landesverrathsprozesse Sarauw und Genossen angeklagten Redacteure Dernburg, Barth, Bormann, Regel, Cronheim, Engel, Hammerstein und Berichterstatter Friedländer und Meyer wurden heute in nicht öffentlicher Verhandlung freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen die Redacteure und Friedländer je 50 Mk., gegen Meyer 200 Mk. Geldstrafe beantragt.

— Die Abendblätter melden: Der Redacteur der „Freisinnigen Zeitung", Barth, ist wegen Verbreitung des unwahren Sensationsgerüchtes über den Oberstlieutenant Villaume angeklagt und vom Schöffengericht zu einer Haftstrafe von 6 Wochen verurtheilt worden.

Mailand, 25. Januar. Prinz Alexander von Battenberg ist gestern Abend hier eingetroffen und dürfte heute nach Venedig weiterreisen.

Danzig, 26. Januar.

* **[Reuter-Vorlesung.]** Der Reutervorleser Herr Karutz, dessen wir schon an dieser Stelle gedacht, hält seine erste Vorlesung nächsten Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Saale der Loge Eugenia. Zum Vortrag kommen Kapitel aus „Ut mine Stromtid" und einige „Läuschen".

* **[Prämien.]** Der Regierungspräsident zu Danzig hat den Schuhmachermeistern Carl Bergmann und Carl Buchau in Marienburg für die gewerbliche Ausbildung zweier ehemaliger Freizöglinge der Provinzial-Taubstummenanstalt, welche die vorschriftsmäßige Gesellenprüfung im Schuhmachergewerbe bestanden haben, eine Prämie von je 150 *M* verliehen.

* **[Selbstmord.]** Der Unteroffizier B. von der 12. Comp. 128. Inf.-Regts. hat sich vorgestern Nachmittag in seinem Kasernenquartier erschossen.

Pr. Stargadt, 29. Jan. Sonnabend Morgen fand sich im inneren Briefkasten des Rathhauses eine in Papier gewickelte goldene Uhr nebst Kette vor, deren Wiedergabe bereits in einem vor Kurzem auf dem Polizeibureau eingegangenen anonymen Briefe in Aussicht gestellt war, die damals noch nicht erfolgen konnte, weil, wie das Schreiben sagte, die Sachen noch verpfändet seien. Der Bestohlene war ein Besitzer in Stüblau. (R.W.Z.)

Y. **Graudenz**, 25. Januar. In der letzten Sitzung des hiesigen **liberalen Vereins** kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, zu denen das Vorgehen nationalliberaler Herren in Königsberg und Danzig anscheinend wesentlich beigetragen hat. Bei der Frage, wer zur bevorstehenden Reichstagswahl als Candidat aufzustellen sei, erklärte sich ein Theil für die Wiederwahl des Herrn Hobrecht, während andere dagegen entschieden Front machten und für einen deutsch-freisinnigen Candidaten eintraten. In Folge dessen hat der Vorstand des Vereins sein Amt niedergelegt. Es ist zweifelhaft, ob der Verein jetzt zu halten sein wird. Nicht unmöglich ist, daß es jetzt zur Scheidung kommt. Für diesen Fall sind hier und in Strasburg die nöthigen Schritte zur Gründung eines freisinnigen Vereins eingeleitet worden.

Lyck, 23. Januar. Dieser Tage schickte sich eines Morgens der Grundbesitzer R. in M. zu einem nothwendigen Geschäftsgange nach dem benachbarten Dorfe S. an, von wo er bereits in den Vormittagsstunden zurückkehren sollte. Er blieb jedoch aus und wäre einem elendiglichen Tode wohl nicht entgangen, wenn sein treuer Hofhund ihn nicht gerettet hätte. Das Thier benahm sich sehr auffällig und führte dazu, daß man den schon todt geglaubten R. in einer ihm gehörigen Kartoffelkaule entdeckte. Er war nämlich vor Antritt seines Geschäftsganges noch behufs Besichtigung in seine mit Kartoffeln gefüllten provisorischen Kartoffelkeller geeilt und bei dieser Gelegenheit in einen derselben auf turnerischem Wege hinabgestiegen, ohne zu ahnen, daß ein Hinaussteigen auf gleiche Weise unmöglich war. Der nun glücklich wieder ans Tageslicht beförderte R. versichert, daß seine in diesem Kellerraume überstandene 24stündige Gefangenschaft mit Höllenqualen kaum zu vergleichen wäre. (O. Volksztg.)

* Das Landwirthschafts-Ministerium veröffentlicht im „Staatsanz." eine genaue Darlegung über die im Hauptgestüt **Trakehnen** vorgekommenen Fälle von Rotzverdacht. Danach ist nur bei einem erkrankten Fohlen durch die Section Rotz festgestellt, bei einem etwas später erkrankten Fuchswallach, der ebenfalls getödtet wurde, hat die Section andere Krankheitsursachen ergeben. Von weiteren Erkrankungsfällen ist das Gestüt verschont geblieben.

Literarisches.

* **„Saling's Börsenpapiere".** Erster (allgemeiner) Theil, ein Handbuch für Bankiers, Juristen und Kapitalisten, herausgegeben von R. Siegfried. (Verlag der Haude- und Spener'schen Buchhandlung in Berlin). — Dies nunmehr schon in fünfter Auflage erschienene Handbuch hat den Zweck, den Fachmann sowohl wie den Laien auf dem schwierigen Gebiete des Börsenwesens in zuverlässigster Weise theoretisch zu orientiren und ihm somit eine unerläßliche Ergänzung zu dem finanziellen Werke „Saling's Börsenjahrbuch" zu bieten. Es ist den Zeitverhältnissen entsprechend abermals neu gearbeitet und berücksichtigt alle seit Erscheinen der vierten Auflage eingetretenen Veränderungen.

Vermischte Nachrichten.

* **[Frau Niemann-Seebach]** ist, wie die „Tgl. R." hört, bereits als fest verpflichtetes Mitglied in den Verband des kgl. Schauspielhauses getreten.

* **[Rossini-Denkmal.]** Der König von Italien hat 5000 Lire für das Denkmal hergegeben, welches „zu Ehren und zum Gedächtniß des Schöpfers des Barbiers von Sevilla" zu Florenz auf dem Platze Santa Croce errichtet werden soll.

* **[Ein Bestechungsversuch.]** Im Hörsaale des Professors Billroth in Wien fand dieser Tage, wie die „W. A. Z." erzählt, eine praktische Prüfung aus der Chirurgie statt, zu der sich zahlreiche Studenten eingefunden hatten. Der dritte von den sechs zur Prüfung erschienenen Candidaten bekam einen äußerst schwierigen Fall zur Diagnose. Erschwert wurde ihm dieselbe durch das fortwährende Weinen des achtjährigen Patienten Johann Wenner, den Hofrath Billroth vergeblich zu beschwichtigen suchte. Auf die Versicherung hin, daß ihm nichts geschehe, weinte er noch heftiger und sagte mit thränenerstickter Stimme: „I geb' Ihnen an Gulden, Herr Professor, aber lassen Sie mich geh'n", welche Aeußerung den stürmischesten Heiterkeitsausbruch des Auditoriums hervorrief.

* **[Ein interessanter Schachwettkampf]** ist zwischen Louis Paulsen in Blomberg und Wilhelm Steinitz geplant. Der „Ill. Ztg." zufolge sind bereits 2150 *M* fest gezeichnet, obwohl die eigentliche Subscription noch gar nicht erfolgt ist. W. Steinitz hat sich, zufolge neuester authentischer Nachricht geneigt gezeigt, den Wettkampf mit L. Paulsen unter ähnlichen Bedingungen, wie in dem mit J. H. Zuckertort ausgefochtenen einzugehen.

Hamburg, 23. Januar. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm hat der Geschäftsführer der Privatbank in **Kopenhagen** mehrere hunderttausend Kronen **unterschlagen**.

□ **Osnabrück**, 21. Januar. Unsere Stadt hat eine Bergwerksanlage von „Piesberg" unternommen, davon aber statt des erhofften Nutzens bisher nur großen Schaden gehabt, dem sich soeben ein neuer zugesellt hat. Gutsbesitzer Ostmann v. d. Laye auf Honeburg klagte gegen die Stadt auf Entschädigung, weil infolge der Anlage seinem Gut das Wasser vollständig entzogen ist, so daß er das Wasser für seinen ganzen Wirthschaftsbedarf nunmehr aus weiter Entfernung holen lassen muß. Das hiesige Landgericht hat soeben auf Grund von Sachverständigen-Gutachten die Wasserentziehung als erwiesen erachtet und die Stadt zum Schadenersatz verurtheilt. Die Höhe desselben wurde noch nicht festgestellt. Die bisherige Forderung des Herrn v. Ostmann beläuft sich auf 104 000 *M*; sein Anwalt hat aber anderweitige Vergleichsvorschläge in Aussicht gestellt.

Schiffs-Nachrichten.

C. **London**, 22. Jan. In Dundee ist die Nachricht eingegangen, daß am Montag Abend während des Sturmes bei Loch Boisdale ein Dampfer gescheitert ist. Der Bug des Schiffes ruht auf den Klippen, während der Spiegel zur Ebbezeit 10 Fuß unter Wasser steht. Der Name des Schiffes soll „France" sein. Drei Leichen sind bereits ans Ufer geschwemmt worden, und zwischen den Klippen werden auch weibliche Kleidungsstücke aufgefunden. Nach der Größe des Schiffes schließt man auf eine Bemannung von 18—20 Personen. (Siehe „Schiffsnachrichten" in der gestrigen Abend-Ausgabe.

London, 21. Januar. Das englische Kanonenboot „Firm" ist wieder ab und nach der Tyne eingebracht worden, woselbst es reparirt werden soll.

Briefkasten der Redaction.

„Ein alter Abonnent" hier. Von 1866 bis 1875 war der Betreffende hier unbesoldeter Stadtrath.

M. M. — Solche Bestimmungen können unanfechtbar nur durch Testament getroffen werden. Sie müssen sich deshalb an einen Rechtsanwalt wenden.

Standesamt.

Vom 25. Januar.

Geburten: Arbeiter August Mischke, S. — Heizer z. See Franz Schulz, T. — Maurerges. Carl Muche, S. — Arbeiter Thomas Kleszczynski, S. — Musiker Josef Giudotti, S. — Bäckerges. Jacob Schimikowski, S. — Tischlermeister Ludwig Bernhard Steppel, S. — Arbeiter Friedrich Ziemann, T. — Arbeiter Johann Stensel, S. — Arbeiter Friedrich Albrecht, T. — Drechslerges. August Raufeisen, S. — Unehel.: 1 S., 2 T.

Aufgebote: Commis Stanislaus Victor Piever und Franziska Magdalena Martschinski. — Arb. Frdr. Steinki und Henriette Caroline Schröder. — Seefahrer Anton Joh. Dombrowski und Louise Auguste Ostrowski. — Arbeiter Johann Wilhelm Wojtakiewitz und Auguste Henriette Warmbier. — Arb. Felix Krajewski in Koszelitzke und Wwe. Louise Barbara Musholz, geb. Ruhm, in Marienburg.

Heirathen: Kaufmann Hermann Rudolf Ernst Strehlau und Bertha Mathilde Brämer. — Arbeiter Adam Pawlowski und Anna Julianna Schulz. — Fleischergeselle Michael Janiella und Maria Krause. — Conditor Ernst Ferdinand Deutschmann aus Berlin und Martha Maria Kohnke von hier.

Todesfälle: Arb. Friedrich Witschke, 62 J. — T. d. Arb. Albert Lemke, 2 J. — Böttchermstr. Heinr. Gustav Rohde, 67 J. — Arb. Ludw. August Potratz, 71 J. — Frau Maria Elisabeth Josephski, geb. Richter, 33 J. — S. d. Seefahrers Wilh. Borski, 5 M. — Gastwirth Johann George Wilhelm Kinder, 78 J. — S. d. Hauszimmerges. August Ehrich, 2 J. — Frau Jenny Ottilie Schur, geb. Czarnecki, 48 J. — Bäckerges. Carl Ludwig Gintel, 46 J. — S. d. Schneidermstr. Johann Krause, 1 J. — Unehel.: 3 S., 1 S. todtgeb.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

(Spezial-Telegramme.)

Berlin, 25. Januar.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 22. Januar.

Activa.

	Status v. 22. Jan.	Status v. 15. Jan
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 *M* berechnet . *M*	703 899 000	639 076 000
2) Bestand an Reichskassensch.	20 081 000	18 602 000
3) Bestand an Not. anderer Bank	9 930 000	13 876 000
4) Bestand an Wechseln . . .	426 911 000	441 445 000
5) Bestand an Lombardforder.	53 520 000	66 759 000
6) Bestand an Effecten . . .	44 249 000	48 597 000
7) Bestand an sonstigen Activen	25 747 000	29 686 000
Passiva.		
8) Das Grundkapital	120 000 000	120 000 000
9) der Reservefond	22 398 000	22 393 000
10) der Betrag der umlauf. Not.	878 582 000	916 795 000
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	256 188 000	242 050 000
12) die sonstigen Passiven . .	563 000	704 000

Berlin, den 25. Januar.

		Crs. v. 24.			Crs. v. 24.
Weizen, gelb			4% rus.Anl.80	80,60	81,20
April-Mai	165,70	165,20	Lombarden	156,00	159,00
Mai-Juni	167,50	167,00	Franzosen	393,00	391,50
Roggen			Cred.-Actien	460,50	460,50
April-Mai	132,50	132,20	Disc.-Comm.	193,70	194,75
Mai-Juni	132,70	132,50	Deutsche Bk.	154,50	155,80
Petroleum pr.			Laurahütte	83,10	83,50
200 ℔			Oestr. Noten	159,95	160,10
Januar	23,20	23,20	Russ. Noten	188,00	188,20
Rüböl			Warsch. kurz	187,30	187,40
April-Mai	45,60	45,60	London kurz	$20{,}37^{5}$	$20{,}35^{5}$
Mai-Juni	45,90	45,90	London lang	$20{,}22^{5}$	20,23
Spiritus			Russische 5%		
April-Mai	38,20	38,40	SW-B. g. A.	—	—
Juli-August	40,00	40,10	Danz Privat-		
4% Consols	105,00	105,30	bank	136,70	137,50
3½% westpr.			D. Oelmühle	111,00	111,00
Pfandbr.	97,60	98,00	do. Priorit.	109,00	110,00
4% do.	—	—	Mlawka St-P.	103,90	104,70
5% Rom.G.-R	91,00	92,50	do. St-A.	41,10	42,40
Ung.4% Gldr	79,40	79,60	Ostpr. Südb.		
II.Orient-Anl	57,10	57,60	Stamm-A.	67,25	68,00

1884er Russen 93,90. Danziger Stadt-Anleihe —.

Fondsbörse: fest.

Frankfurt a. M., 25. Jan. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 225½. Franzosen 196¼. Lombarden 76⅜. Ungar. 4% Goldrente 80,30. Russen von 1880 81,50. Tendenz: fest.

Wien, 25. Januar. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien 279,50. Franzosen 244,50. Lombarden 95,50. Galizier 199,00. 4% Ungar. Goldrente 99,35. — Tendenz: fest.

Paris, 25. Januar. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 83,55. 3% Rente 80,37. 4% Ungar. Goldrente 79$\frac{1}{16}$. Franzosen 488,75. Lombarden 208,75. Türken 13,92. Aegypter 363. Tendenz: unentschieden. Rohzucker 88° loco 29,70. Weißer Zucker ℘ Januar 33,70, ℘ Februar 33,70, ℘ März-Juni 34,30. Tendenz: träge.

London, 25. Januar. (Schlußcourse.) Consols 100⅝, 4% preuß. Consols 103. 5% Russen de 1871 94. 5% Russen de 1873 93¼. Türken 13⅝. 4% Ungar. Goldrente 77¾. Aegypter 72. Platzdiscont 3⅛%. Tendenz: bessernd. Havannazucker Nr. 12 12½, Rübenrohzucker 11. Tendenz: flau.

Petersburg, 25. Januar. Wechsel auf London 3 M. 22$\frac{9}{32}$. 2. Orientanl. 99. 3. Orientanl. 99.

Glasgow, 24. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 45 sh. 10½ d.

Petersburg, 24. Januar. **Kassenbestand 131 415 491 Rbl., Discontirte Wechsel 21 751 735 Rbl., Vorschüsse auf öffentliche Fonds 2 320 733 Rbl., Vorschüsse auf Actien und Obligationen 11 304 235 Rbl., Contocurrente des Finanzministeriums 83 969 361 Rbl., Sonstige Contocurrente 64 113 324 Rbl., verzinsliche Depots 27 197 475 Rbl.**

Newyork, 24. Januar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95⅝. Wechsel auf London 4,83¾, Cabl. Transfers 4,87½, Wechsel auf Paris 5,24⅜, 4% fund. Anleihe von 1877 128⅜. Erie-Bahn-Actien 30⅛, Newyorker Centralb.-Actien 111⅛, Chicago-North-Western-Actien 111⅝, Lake-Shore-Actien 91⅝, Central-Pacific-Actien 36, Northern Pacific-Preferred-Actien 57⅝, Louisville u. Nashville-Actien 60⅜, Union-Pacific-Actien 55¾, Chicago-Milw. u. St. Paul-Actien 87⅝, Reading u. Philadelphia-Actien 36¾, Wabash-Preferred-Actien 26¼, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 62½, Illinois Centralbahn-Actien 132, Erie-Second-Bonds 96.

Rohzucker.

Danzig, 25. Januar. (Privatbericht von Otto Gerike.) Tendenz: flau. Heutiger Werth für Basis 88° R. ist 19,70 *M* incl. Sack ℘ 50 Kilo franco Hafenplatz.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 25. Januar. Wind: SW.

Angekommen: George, Falcke, Leith, Kohlen.

Gesegelt: Sylfe (SD.), Gilholm, Arendal, Getreide.

Nichts in Sicht.

Fremde.

Hotel Deutsches Haus. Engler a. München, Krieg a. Hohenwalde, Zander a. Stettin, Richter a. Frankfurt, Ernst a. Königsberg, Goldstein n. Fam. a. Elbing, Kuntze a. Magdeburg, Hoffmann a. Mohrungen, Wolf a. Leipzig, Siebentritt, Gerlach, Friedländer, Hermann u. Sehnert a. Berlin, Kaufleute. Ellerwald a. Neuteich u. Babner a. Poblot, Gutsbesitzer. Tschiel a. Stettin, Fabrikbesitzer. Zimdars a. Lübtow i. P., Administrator. Gattmann a. Warschau, Ingenieur.

Hotel Preußischer Hof. Schmidt a. Cöslin, Reisender. Soblik a. Bromberg, Kreitert a. Berlin, Nathan a. Hirschberg, Hartig a. Thorn, J. Gutheim u. T. Gutheim a. Warschau u. Bauer a. Breslau, Kaufleute. Schibold a. Pr. Holland, Fleischermeister. Brandenburg a. Stolp, Holzregementer.

Verantwortl. Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Strohdeich, am Nehrungschen Wege Blatt 6 auf den Namen der Eigenthümer **Carl Ludwig** und **Albertine Veronica** geb. **Husen-Taube**'schen Eheleute eingetragene, am Nehrunger Wege Nr. 3/4 belegene Grundstück

am 18. März 1887,

Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück hat eine Fläche von 0,30,10 Hektar und ist mit 1907 Mk Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei VIII., Zimmer Nr. 43, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird (1384

am 19. März 1887,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, verkündet werden.

Danzig, den 17. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Grünhagen Blatt 10 auf den Namen des Landwirths **Martin von Struszynski** eingetragene, im Kreise Stuhm belegene Grundstück

am 5. April 1887,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 942,63 *M* Reinertrag und einer Fläche von 69,90,08 Hektar zur Grundsteuer, mit 276 *M* Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung I, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungs-Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird (1410

am 6. April 1887,

Vormittags 10 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden.

Stuhm, den 15. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht I.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Danzig, an der Radaune Blatt 16, auf den Namen des Kaufmanns **Friedrich Heine** eingetragene, zu Danzig, Karpfenseigen Nr. 6 und Rittergasse Nr. 27 belegene Grundstück

am 2. April 1887,

Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück hat eine Fläche von 0,0315 Hektar und ist mit 5070 Mk Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei VIII (Zimmer Nr. 43) eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 4. April 1887,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, verkündet werden. (1386

Danzig, den 16. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Danzig, **Poggenpfuhl**, — Blatt 73 — auf den Namen des Victualienhändlers **Johann Koslowski** und dessen Ehefrau **Johanna Concordia, geb. Jenner**, eingetragene, in Danzig, Poggenpfuhl Nr. 85, belegene Grundstück

am 1. April 1887,

Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Das Grundstück hat einen Flächeninhalt von 0,0121 Hectar und ist mit 1413 *M* Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei VIII., Zimmer Nr. 43, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungs-Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird (1383

am 2. April 1887,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, verkündet werden.

Danzig, den 16. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht XI.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche von Danzig, Tischlergasse, Blatt 3 und 1, auf den Namen der Wittwe **Jeanette Louise Böhm**, geb. Duncker (alias Dunckern) eingetragene, jetzt den Erben, nämlich: 1. dem Tischlermeister Otto Ferdinand Dunckern zu Danzig, 2. den Arbeiter August und Mathilde, geb. Dunckern Broschinski'schen Eheleuten ebenda, 3. dem Schlosser Franz Dunckern daselbst, 4. dem Schlosser Friedrich Dunckern ebenda, 5. dem Tischler August Wilhelm Dunckern ebenda, gehörigen, zu Danzig, Tischlergasse Nr. 38, 65, Hinter-Adlersbrauhaus Nr. 1 belegenen Grundstücke sollen auf den Antrag der genannten Miteigenthümer zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Miteigenthümern

am 31. März 1887,

Vormittags 10½ Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, zwangsweise versteigert werden.

Das Grundstück Tischlergasse, Blatt 3, hat eine Fläche von 2 Ar 5 Quadratmetern und ist mit 900 *M* Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Das Grundstück Tischlergasse Blatt 1 hat eine Fläche von 2 Ar 30 Quadratmetern und ist mit 1032 *M* Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen können in der Gerichtsschreiberei VIII., Zimmer Nr. 43, eingesehen werden.

Diejenigen, welche das Eigenthum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluß des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird (1385

am 1. April 1887,

Mittags 12 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 42, verkündet werden.

Danzig, den 4. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht XI.

Bekanntmachung.

Das Sparkassenbuch der Kreissparkasse zu Strasburg Wstpr. Nr. 921, ausgestellt für die minderjährige **Caroline Schubert** aus Strasburg (früher in Ciessin) über 130 *M* 78 ₰ und Zinsen ist angeblich verloren gegangen und soll auf deren Antrag zum Zwecke der neuen Ausfertigung für kraftlos erklärt werden (1447

Es werden daher die Inhaber des Sparkassenbuches aufgefordert, spätestens im Termin

am 25. August 1887,

Vormittags 11 Uhr,

bei dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 9, ihre Rechte anzumelden und das Buch vorzulegen, widrigenfalls dasselbe für kraftlos erklärt wird.

Strasburg, den 20. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der bisherige Vorstand des Vorschuß Vereins zu Gollub, eingetragene Genossenschaft, bestehend aus:

1. dem Hotelbesitzer **Ernst Grasnik** in Gollub als Director,
2. dem Gasthofbesitzer **Reinhold Arndt** daselbst als Kassirer,
3. dem Kaufmann **Samuel Hirsch** daselbst als Controleur

ist auf drei fernere Jahre vom ersten Januar 188[illegible] bis dahin 1890 durch General-Versammlungs Beschluß am 18. Dezember 1886 wieder gewählt.

Strasburg den 13. Januar 1887.

Königl. Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist die in Briesen bestehende Handelsniederlassung des Apotheker **Walter Reiß** ebendaselbst unter der Firma

Walter Reiß

in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 316 eingetragen. (1446

Culm, den 17. Januar 1887.

Königl. Amtsgericht.

Subhastation.

Sonnabend, den 29. Januar cr., kommt das Grundstück Dirschau A. Nr. 157, am Markt gelegen, vor dem Königlichen Amtsgericht in Dirschau zum Zwangsverkauf. (1112

Liebhaber werden wegen der günstigen Lage als Geschäftshaus besonders darauf aufmerksam gemacht.

Das beste Mittel gegen rauhe Haut und aufgesprungene Hände ist

Paul Buncke's

flüssige Kaliseife mit Glycerin.

Niederlagen für Danzig bei **Rich. Lenz**, Brodbänkengasse 43, und **Gebr. Paetzold**, Hundegasse. (365

Bay-Rum,

vorzügliches Haarwaschmittel, beseitigt das Ausfallen der Haare und Kopfschuppenbildung. (1271

Niederlage bei

Richard Lemke,
Matzkauschegasse 5.

Vorräthig in allen Spezerei- und Delikatesse-Läden sowie Conditoreien

CHOCOLAT MENIER

(Das beste Frühstück)

Vor Nachahmungen wird gewarnt

Engros- und Detail-Verkauf: **J. G. Amort Nachf. Hermann Lepp, Carl Schnarcke. [illegible]. E. Gossing**

Hôtel Sanssouci

in Thorn,

neu renovirt, empfiehlt sich dem reisenden Publikum bestens. (583

Benno Richter.

Frischen Lachs, geräucherten Lachs, Zander, Schellfische, Karpfen, Neunaugen kauft und bittet leistungsfähige Lieferanten um Offerten.

Julius Holm,
Delicatessen-Handlung in Graudenz. (1375

Muster und Preisliste von ungechlorten, sehr haltbaren und Handarbeit vollständig ersetzenden

Schweizer Stickereien

für Leibwäsche, Braut- und Kinder-Ausstattungen, Kleider u. s. w. versendet franco.

Emil Strubberg Nachf.,
Stickereifabrikant aus Zurzach (Schweiz), Berlin W., Friedrichstraße 168, 1. Etage.

Hundegasse Nr. 75, 1 Tr., werden Schirme jeder Art neu bezogen, alte Schirme in den Lagen abgenäht, sowie jede Reparatur schnell und sauber ausgeführt.

M. Kranki.

Steinkohlen und Brennholz

bester Qualität in allen Sortiments empfiehlt zu billigsten Tagespreisen ab Lager sowie franco Haus (511

Albert Wolff,
Rittergasse 14/15 u. am Rähm 13, vorm. **Ludw. Zimmermann.**

Durch gute Rohrernte aus den Kgl. Kampen verkaufe jeden gewünschten Posten bedeutend billiger als bisher, Bandumfang 15 Zoll.

Zeyer per Elbing. (633
E. Grübnau.



36 Stück junge kräft. Arbeitsochsen,

darunter 12 bairische, stehen wegen Wirthschaftsveränderung in Ostrowitt bei Schöneck Westpr. zum Verkauf.

F. v. Golkowski.

Die Wenham-Lampe, D. R.-P. 25354,

Preisgekrönt mit der goldenen Medaille.

in nahezu **60 000** Exemplaren schon verbreitet, leistet anerkanntermassen das

möglichst Erreichbare an Leuchtkraft und Gas-Ersparniss.

ist vom Königl., sowie von Reichsbehörden nach eingehendster Prüfung — **unter Ablehnung** der gleichfalls geprüften, **neuen Concurrenz-Lampen** — angelegt worden und ist in unzähligen Fallen dem electrischen Lichte, ihrer vorzüglichen Leistung und ihrer Billigkeit wegen, vorgezogen worden.

Der beispiellose, täglich wachsende Erfolg der Wenham-Lampe hat eine Anzahl von Concurrenz-Lampen hervorgerufen, deren Inhaber im eigenen Interesse **grundfalsche** Angaben über den **Gas-Consum** und die **Leuchtkraft** der Wenham-Lampe veröffentlichen.

Ferner warnen wir vor Lampen mit marktschreierischen Namen, wie solche alten vor Jahren schon wegen Unbrauchbarkeit verworfenen Brennern **jetzt** beigelegt werden, nachdem denselben, zum Zwecke der Täuschung, die äussere Form des Lampen-Corpus der Wenham-Lampen gegeben wurde, die sie früher nicht hatten.

Man lasse sich nicht vom blossen Aussehen der Flamme leiten; auch für die Wenham-Lampe — deren Flamme in Anbetracht des geringen Gasverbrauchs unvergleichlich ist — beanspruchen wir dies nicht. Man achte auf den Gasverbrauch und vor Allem auf die **bewährte Dauerhaftigkeit** der Lampe und deren Leistung.

Die Wenham-Lampe ist die Einzige unter allen neuesten Systemen, welche in mehreren Saisons bereits die fortgesetzte Gleichmässigkeit ihrer immer noch unerreichten Leistungen bewiesen hat.

Bei richtiger Einstellung des Regulators haben die Wenham-Lampen folgenden Gas-Verbrauch:

No.			Ersetzt	Preis von
I.	ca. 200 Liter	= 3¼ Pf. pr. Stunde.	4–5 gewöhnl. Gasflammen,	45–87 Mk.
II.	„ 250 „	= 4 „ „ „	6–8 „	61–118 „
III.	„ 332 „	= 5½ „ „ „	10–11 „	85–150 „
IV.	„ 560 „	= 9 „ „ „	15–18 „	150 230 „

Jede echte Wenham-Lampe trägt eine aufgenietete Marke: THE Wendham-Patent. D. R.-P. Nr. 25354.

Zu beziehen durch Engros- und Detail-Geschäfte von Beleuchtungs-Gegenständen, Gas-Anstalten etc.

The Wenham-Company limited,

London, Berlin, Paris u. Brüssel. (1442

Bewilligungen hypothekarischer Darlehen durch die

Deutsche Hypotheken-Bank in Meiningen

unter **günstigen** Bedingungen vermittelt

Die Haupt-Agentur Danzig.
Th. Dinklage, Breitgasse 119.

Total-Ausverkauf.

Nachdem das Haus, in welchem ich seit einer Reihe von Jahren mein Geschäft betreibe, **durch Verkauf zum 1. März d. J. in andere Hände übergeht und ich bis dahin das Lokal räumen muß**, so habe ich um die Auflösung des Geschäfts bis zu diesem Zeitpunkt zu ermöglichen, die noch vorhandenen Bestände meines

Schuhwaaren-Lagers

nochmals im Preise wesentlich ermäßigt

und mache ich auf diesen meinen reellen

Total-Ausverkauf

zu günstigen Einkäufen in Damen-, Herren- und Kinder-Schuhwaaren ganz besonders aufmerksam. (1348

Wiener Schuhwaaren-Depot.

W. Stechern.

Dachdeckungen in Schindeln

führt tadellos und billig aus

Meyer Segall aus Tauroggen bei Tilsit.

Dächer sind gelegt in

Felgenau, Kl. Waczmirs, Seuslau, Stenzlau, Lagschau, Liebenthal, bei Herrn Enß, Dirschau, und ertheilt letzterer Herr gern Auskunft. (1398

Prämiirt Amsterdam 1883. London 1884. — **Gebr. Herbich,** — Prämiirt Amsterdam 1883. London 1884.

Schweidnitz in Schlesien.

Wild- u. Waschleder-Handschuhfabrik

empfehlen ihr

Versand-Geschäft.

Versand jeden Quantums gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

Aufträge von 20 Mk an, franco aller Spesen.

Art.		mit 1 Kn	mit 2 Kn.
40	garantirt echt Wildleder-Herrenhandschuh, weiß, grau, braun, pro Paar . . .	3,15	3,35
41	garantirt echt Wildleder Herrenhandschuh, weiß, grau, braun, pro Paar . . .	2,55	2,75
42	Waschleder (Wildleder-Imitation) Herrenhandschuh, weiß, grau, braun, p. Paar	1,95	2,15
43	Waschleder (Wildleder-Imitation) Herrenhandschube, weiß, grau, braun, p. Paar	1,55	1,75
44	garantirt echt Wildleder-Kinder-Handschuhe weiß, grau, braun, pro Paar . . .	1,25	1,40
45	Waschleder (Wildleder-Imitation) Kinderhandschuhe, weiß grau, braun, p. Paar	0,95	1,10
46	**zurückgesetzt** garantirt echt Wildleder-Herrenhdsch. weiß grau, braun, p. Paar	1,65	1,85
47	**zurückgesetzt** Waschleder (Wildleder-Imit.) Herrenhdsch. weiß, grau, braun, p. Paar	1,00	1,10

Art.		2 knöpf.	3 knöpf.	4 knöpf
48	garantirt Wildleder-Damenhandschuhe, grau oder braun. .	2,40	2,65	2,90
49	Waschleder (Wildleder-Imitation) Damenhdsch grau od. braun	1,75	1,95	2,15
50	Waschleder Damenhdsch, naturg. (in der Haush zu waschen),	1,30	1,50	1,70
51	garantirt echt Wildleder, **zurückgesetzte** Damenhandschuhe .	1,65	1,35	—
52	Waschleder (Wildleder-Imitation) zurückgesetzt	1,00	1,10	—
		Länge 6 Kn	Länge 8 Kn	Länge 10 K
53	Waschleder (Wildleder-Imitation) Mousquetair-Handschuhe .	3,00	3,40	3,80

Für Patent-Hebelverschluß berechnen wir pro Knopf und Paar 0,25 ₰. Bei Bestellungen genügt die Angabe der Artikel-Nummer! Als Maaß der Aufgabe der Weite um die Knöchel der rechten Hand.

Wir haben nirgends Filialen, halten auch keine Vertreter, daher geringe Spesen, die daraus entstehenden Vortheile kommen der geehrten Kundschaft bei den Preisen zu Gute. (99

POSTKARTEN mit Firmendruck auf bestem Carton: 1000 Stck a M. 3,20, 2000 a 2,90 M., 3000 a 2,80 M., 4000 a 2,70 M., 5000 a 2,60 M. — Muster gratis

Papier-Versandt-Geschäft S. Jellin. Freiberg i. S.

Propsteier Saat-Hafer und Saat-Gerste

kann nach wie vor von der „**Verkaufsgenossenschaft des Propsteier land- und volkswirthschaftlichen Vereins zu Schönberg für Propsteier Saatkorn (e. G.)**" unter unserer Kontrolle bezogen werden. Die Lieferung erfolgt einer durch die Prüfungskommission festgestellten Normalprobe entsprechend, in plombirten Säcken gegen Bezahlung frei ab Kiel. Bei größeren Aufträgen wird ein entsprechender Rabatt, Consumvereinen ein solcher von 2% gewährt. Die Säcke werden zum Selbstkostenpreise berechnet

Feste Bestellungen mit Angabe des äußersten Lieferungstermins werden thunlichst bis zum **1. Februar d. J.** an den unterzeichneten Vorstand erbeten und können spätere Bestellungen nur insoweit berücksichtigt werden, als die Produktion dafür ausreicht. (1443

Der Vorstand des Verbandes landw. Consumvereine des schleswig-holsteinischen landw. Generalvereins in Kiel.

Oek.-Rath **C. Boysen**, Präsident. **W. Biernatzki**, Geschäftsführer.

Pfandbrief-Verloosung.

Heute hat die 2 Verloosung von unsern 4 procentigen Pfandbriefen Serie VIII. (auf die ersten drei Emissionsjahre sich erstreckend) stattgefunden. Die ausgeloosten Stücke sind damit zur Rückzahlung zum 30. September 1887 gekündigt und treten mit diesem Tage außer Verzinsung

Ziehungslisten können bei uns in Empfang genommen und auch bei den sämmtlichen Pfandbrief Verkaufsstellen eingesehen werden.

Berlin, den 21. Januar 1887 (1444

Preußische Hypotheken-Actien-Bank.

Feuerspritzen

vorzüglicher Construction, in verschiedenen Größen, mit vierrädrigem Wagen, mit und ohne Wasserkasten, Saug- und Druckschläuche, wie solche vielfach geliefert und vom Landrathsamt empfohlen, fertigt und halte Probe-Spritzen am Lager.

Danzig, W. N. Neubäcker, Breitgasse 81,
Kupfer- und Messingwaaren-Fabrik. (719

Planinos kreuzsaitiger Eisenbau, höchste Tonfülle. Kostenfreie Lieferung auf mehrwöchentl. Probe. Preisverz. gratis und franco. Ohne Anzahlung a 15–20 M. monatlich. Pianoforte-Fabrik **L. Herrmann & Co.,** Berlin, Neue Promenade 5 (438

Mein in

Bischofswerder

belegenes Grundstück, bestehend aus **Wohnhaus, Speicher** mit drei Schüttungen, **Vieh- u. Pferdestall** alles massiv, mit großem Hofraum, Obst- und Gemüsegarten, sowie **eine Scheune**, massiv und Bindewerk, mit ca. **2 Morg. Gartenland** beabsichtige preiswürdig zu verkaufen.

Reflectanten wollen sich gefl. an mich wenden. (567

Frau Rentiere **A. Teschendorf,**
Bischofswerder.

Ein in

Lonkorsz bei Bischofswerder

belegenes **neues, massives Wohnhaus** mit **Stallgebäuden** und **Hofraum**, worin seit Jahren ein

Kurz- und Schnittwaarengeschäft

mit bestem Erfolge

betrieben wird, ist mit Geschäft Umstände halber unter sehr vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen.

Reflectanten wollen sich gefl. an Herrn Rentier **Pick** in **Graudenz**, Oberthornerstraße 34, wenden. (567

Geschäfts-Verkauf.

Ein flottes Material-, Schnitt- u. Kurzwaarengeschäft, vorzgl. Nahrungsstelle am lebhaften Ort mit wenig Concurrenz, ist mit Waarenlager (nur courante Artikel) und Grundstück per April oder später billig zu verkaufen. Zur Uebernahme sind ca. 10 000 M. nöthig. Specielle Branchenkenntniß nicht erforderlich.

Offerten unter Nr. 1466 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Ein ca. 12 preuß. Morgen großer Garten, inmitten der Stadt belegen, in welchem seit langen Jahren mit bestem Erfolge **Handelsgärtnerei** betrieben worden, ist neu zu verpachten. Näheres durch Apotheker **Ohm**, Riesenburg. (1297

Wegen Anschaffung von Angler Vieh stehen

11 St. **hochtragende Kühe,**
6 St. hochtragende Stärken,
9 St. ½jährige Kühkälber,
10 St. s. z. Mast geeignete Ochsen

zum Verkauf auf **Dom. Smengorczin** Kreis Danzig. (1025

Bei 12 000 Thlr. Anzahl. beabsichtige mein Grundstück, 58 Hekt. groß, im besten Culturzustande, Höhe, hart an der Stadt grenzend, wegen Altersschwäche billig zu verkaufen. Selbstkäufer wollen ihre Adressen unter 1399 an die Exped. d. Zeitung richten.

1 Excelsior-Mühle, Patent Gruson, vorzüglich geeignet zum **Mahlen von Salz, Zucker, Kaffee, Gewürzen, Farbholz** rc., sowie zum **Schroten von Getreide** ist billig zu verkaufen in der **Maschinenfabrik** von

J. Zimmermann,
9876) Danzig, Steindamm 7.

Eine rentable

Gastwirthschaft,

auf dem Lande wird vom 1. Juli, bezw. 1. October cr. ab zu pachten gesucht. Offerten erbeten unt **G. 26** an die **Expedition der Glocke** in **Soldau, Ostpr.**

3 fette Ochsen, 4 fette Kühe verkauft Dominium Müggau.

Papier-Fabrik-Verkauf.

Eine Stroh- und Packpapier-Fabrik in Elbing an der Berliner Chaussee und Elbingfluß gelegen, ist zu verkaufen weit unter Taxwerth

Maschinen und Apparate großentheils neu.

Hübsches Wohnhaus mit Garten.

Auskunft ertheilt **Fr. Silber**, Elbing

Verein für Handlungs-Commis von **1858.**

Hamburg, Deichstrasse No. 1, I.

Wir zeigen den Mitgliedern hierdurch an, dass die **Mitgliedskarten pro 1887** und die **Quittungen** der **Pensions-Kasse zur Einlösung** bereit liegen.

Nach dem **1. Februar** ist ausser dem Beitrage die in den Statuten festgesetzte **Verzugsvergütung** zu entrichten. (1440

Die Verwaltung.

Eine achtb. geb. Verkäuferin (gute Figur), welche mehrere Jahre im Papiergesch. u. Buchh. verb mit Leihbibliothek gew., empf. f. solche od and. Geschäfte **J. Hardegen**, Heil. Geistgasse Nr. 100. (1480

Eine in f. Küche ausgeb. Wirthin, a. bess. Fam., einfach und pract., mit vorzüglich. Zeugn. empfiehlt per 1. April für Stellen mit Familien-Anschluß **J. Hardegen.**

Apotheker-Eleve

für eine Apotheke Westpreußens zum 1. April 1887 gesucht. Offerten u. 1470 in d. Exped. d. Ztg. erbeten.

Für einen Sekundaner wird zum 1. April cr. eine Stelle als

Apotheker-Lehrling

gesucht.

Gef. Offerten unter 1248 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Provisionsreisender gesucht. Chocoladen-Fabrik **Richard Selbmann**, Dresden.

200 Steinschläger erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn beim Chausseebau Stolp-Mützenow. Reisegeld wird bezahlt. 1317) **Die Unternehmer.**

Für eine auf's Beste empfohlene, für höh. Töchterschulen gepr. musikal.

Erzieherin

wird zu April Stellung gesucht durch 1245) **Kluge**, Neukirch bei Pelplin.

Eine

Weingroßhandlung

ersten Ranges in Norddeutschland sucht an allen besseren Plätzen Vertretung gegen Provision. (9867

Adressen mit Referenzen unter **Int. 86** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erbeten.

Gesellschafter für alleinstehende Herren und Damen empfehle zum Vorlesen rc. zu **jeder** Tageszeit. Gef. Offerten unter 1414 in der Exped. d. Ztg. erbeten

1 Damenschneiderin, die sauber und gutsitzend arbeitet, wünscht Beschäftigung Böttchergasse 21, parterre.

Ein junger Mann aus Elbing sucht eine **Apotheker-Lehrlingsstelle.** Näheres zu erfragen in den Nachmittagsstunden Brodbänkengasse 46 I

Eine gepr., erf., musikalische Erzieherin sucht zum 15. April Stellung Offerten unter Nr. 134 an d. Exped. d. „Geselligen" in Graudenz.

Für mein Getreide-Geschäft suche zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

jungen Mann

der den Einkauf selbstständig besorgen kann. (1349

H. Lohde, Gerdauen.

Ein erfahrener, älterer Kaufmann mit Prima-Referenzen sucht Agenturen oder Vertretungen für leistungsfähige Fabriken zu übernehmen.

Gefl. Adressen unter 1247 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Ein gebildetes junges Mädchen von außerhalb sucht sofort Stellung als Bonne oder als Stütze d. Hausfr. Adr. K. S. 40 postl. Rittel Westpr.

Ein geb. Mädchen

in gesetzten Jahren, aus anst. Hause, das gut kocht, mit jeder wirthschaftl. Arbeit vertraut ist, Handarb macht, und etwas Maschine näht, wünscht Stellung als Stütze der Hausfrau auf dem Lande vom 1. April. (1363

Gef. Offerten bitte an Herrn **E. Gerdey**, Schwersenz bei Posen.

Maschinist,

tücht. Maschb. m. g. Zeugn. sucht als Maschinenmstr. od Werkf. anderw. St. Gefl. Off. u. 1415 i. d. Exp. d. Z. erb.

Eine Frau aus guter Familie sucht Stellung als Repräsentantin od. Stütze der Hausfrau.

Adressen in der Expedition dieser Zeitung unter Nr. 1473 erbeten.

Für meine 13 jährige Tochter suche zu April eine

gute Pension.

Offerten mit Bedingungen erbittet **Kluge**, Neukirch bei Pelplin.

Ein Schüler der höh. Lehranstalten findet noch Pension bei (1428 **B. Schwartz**, Wallplatz 12c.

Zoppot, Oberdorf.

Die Wohnung, Rickertstr. 13 (an der Hängebrücke), Ober-Etage, ist für Sommer u. Winter vom 1. April zu vermiethen. Näheres daselbst. (1476

Eine Wohnung

in der 2. Etage, aus 4 Zimmern und Zubehör besteh, ist zu verm. Näheres Heilige Geistgasse 118. 1 Tr. (1455

Gerbergasse Nr. 9 ist ein möblirtes Zimmer zu vermiethen. (1478

Brodbänkengasse 13, 1 Tr., ist eine herrsch Wohnung von 5 Zimm. u. Zubehör z. 1. April zu verm. Zu bes. v. 11–1 Uhr. Näh Frauenag. 34.

Krampitz.
Gute Schlittschuhbahn
¾ Meile lang. (1483

Dml.-Clb. Mittwoch, d. 26. Jan., Abends ½ 9 in'n Restaurant tau'n Kronprinzen, Hunngass 96. (1472

Schlittschuhbahn Aschbrücke.

Das am 19. d. Mts. wegen ungünstiger Witterung nicht zur Ausführung gekommene

Schlittschuhfest

findet am **Mittwoch, den 26. d. M.** bei günstiger Witterung mit **vollem** Programm statt. Zum Schluß **großes Feuerwerk.** Anfang Nachm. 3 Uhr. Entree für Erwachsene 20 ₰, für Kinder 10 ₰. **J. Gräske.**

Wiener Café zur Börse.

Mittwoch Abend:

Gr. Concert

der Kapelle des Inf.-Regts. Nr. 4 unter persönlicher Leitung des Herrn **Sperling.** Programm gewählt

Anfang 8 Uhr. (1458

Hochachtungsvoll
Ed. Martin.

Sammlung für die Suppenküche.

Bis gestern Nachmittag 4 Uhr ging ferner bei uns ein von:

Herrn Philipp Braune 40 M., Herrn Stadtrath O. Bischoff 20 M., Herren E. Hoene u. H. Hoene 50 M., Herrn J. J. Berger 50 M., Herrn B. Sprockhoff 20 M.

Zusammen 1774 M. 55 ₰.

Die Exped. d. Danziger Zeitung.

Nr. 15478 kauft zurück Die Exped. d. Ztg.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig

Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 16274 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 26. Januar 1887.

Freisinnige Wähler-Versammlung

zu Danzig am 24. Januar 1887.

Selbst in den heißen Wahlkämpfen des Jahres 1881 hat hier ein solcher Andrang zu einer Wähler-Versammlung der Liberalen nicht stattgefunden, wie er Montag Abend bei der Versammlung der freisinnigen Partei im Schützenhause herrschte. Schon eine geraume Viertelstunde vor der für den Beginn der Versammlung festgesetzten Zeit mußte der Vorstand des Wahlvereins die Eingangsthüren zum Saale schließen lassen, weil alle Sitz- und Stehplätze gedrängt gefüllt waren. Eine gleiche Fülle entstand nun auf den Logen und deren Zugängen, selbst die für das Präsidium und die Redner bestimmte Orchesterbühne füllte sich, soweit Raum vorhanden war, mit Zuhörern, die dort, gleich vielen Anderen stehend den dreistündigen Verhandlungen beiwohnten. Hunderte mußten umkehren, da es ihnen nicht mehr möglich war, Zutritt zu dem Versammlungslokale zu erlangen. Als die Abgeordneten Rickert und Schrader gegen 8 Uhr im Saale erschienen, wurden sie durch Hochrufe und allgemeinen Beifall begrüßt. Sofort eröffnete nun Herr Stadtrath Helm als stellvertretender Vorsitzender des freisinnigen Wahlvereins die Versammlung, in Gemeinschaft mit den Herren Berger, Alter, Dr. Dasse, Goldmann, Klein und Schütz deren Bureau bildend. Herr Helm hob in seiner einleitenden Ansprache hervor, daß jetzt wieder böse Wetter das Land durchziehen, Parteileidenschaft und Anfeindungen hervorrufend. Einige Wochen ernster und schwerer Arbeit stehen uns bis zur Wahl bevor. Er hoffe aber, daß sich dann die Wolken verziehen und die Sonne des Friedens, gegenseitige Achtung unter den Mitbürgern wieder die Herrschaft gewinnen werde. Es sei nichts als krasse Verleumdung, wenn die gegnerische Presse die Freisinnigen **als Feinde des Vaterlandes**, ja sogar **als Gegner des Kaisers** zu verdächtigen suche. Mehr als eine nackte Zurückweisung verdienten solche Verleumdungen nicht. Die Gefühle der Treue und Ehrfurcht für unseren greisen Heldenkaiser werden gerade in den Herzen freisinniger Männer niemals erkalten. Diesen Gefühlen Ausdruck gebend, eröffne er den hiesigen Wahlkampf mit dem Rufe: „Es lebe Se. Maj. der Kaiser!“ Die Versammlung erhob sich und stimmte dreimal lebhaft in den Ruf ein.

Auf der Tagesordnung stand zunächst ein **parlamentarischer Rechenschaftsbericht unseres bisherigen Reichstagsabgeordneten Herrn Schrader**, zu welchem der Vorsitzende ihm nunmehr das Wort ertheilte. Herr Schrader wurde beim Beginn seiner Rede abermals mit lebhaftem Beifall begrüßt und dankte zuerst für den ihm zu Theil gewordenen Empfang, welcher ihm um so erfreulicher sei, da er hier erscheine, um sein Verhalten bezüglich des die Auflösung des Reichstages veranlassenden Conflictes mit der Reichsregierung zu rechtfertigen. Er entnehme daraus die Hoffnung, daß seine Auseinandersetzungen freundliche Aufnahme finden würden. Sodann fuhr er etwa folgendermaßen fort:

Sie werden nicht erwarten, daß ich Ihnen ausführlichen Bericht über alles das erstatte, was seit meiner letzten Anwesenheit in Danzig im Reichstage verhandelt ist. Eine Frage ist es, welche jetzt im Vordergrunde steht, die Militärfrage, die Stellung zu der Militärvorlage, welche dem aufgelösten Reichstage gemacht ist, und die Neuwahl, in welcher wir jetzt stehen. In der Hauptsache werde ich mich deshalb hierauf beschränken. Nur einige kurze, die Situation kennzeichnende Bemerkungen gestatten Sie mir vorweg zu machen. Im Jahre 1884 sind wir, d. h. die Abgeordneten unserer freisinnigen Partei gewählt, um die **wirthschaftliche und politische Freiheit des Volkes zu vertheidigen.** Wir sind an Zahl nicht stark genug gewesen und haben im Reichstag von anderen Parteien nicht genügende Unterstützung gefunden, um die neuen im Jahre 1885 beschlossenen großen Zollerhöhungen abzuwehren, aber wir sind doch im Stande gewesen, das Schlimmste, die Einführung des Branntweinmonopols, zu verhindern. Das haben wir vermocht, weil wir in dieser Frage nicht blos unsere Wähler, sondern die große Mehrheit des Volkes hinter uns wußten. Wir sind auch immer auf der Wacht gewesen, wenn versucht wurde, die politischen Freiheiten des Volkes zu beschränken.

Bei unsern Gegenparteien und auch bei der Reichsregierung sind wir die Bestgehaßten, denn wir haben in unseren Reihen eine Anzahl Männer, welche durch die Persönlichkeit und durch ihre Thätigkeit in Wort und Schrift uns eine über unsere Zahl weit hinausgehende Macht geben. Seit lange ist das Bestreben darauf gerichtet, uns möglichst zu schwächen, dazu sollten die nächsten Neuwahlen dienen. Diese würden aber sich hauptsächlich um solche Fragen, wie Einführung des Branntweinmonopols u. s. w. bewegt und unsern Gegnern keine Aussichten gegen uns gegeben haben. Darum war es schon seit längerer Zeit ihr Wunsch, daß die Neuwahlen mit einer anderen Parole vorgenommen werden möchten, und dazu hielt man für besonders geeignet die Militärfrage, d. h. die Frage der Erneuerung der Bewilligung des Präsenzstandes der Armee. Wenn es um diese Frage zu einer Auflösung gebracht werden könnte, so würden, meinte man, andere Fragen in den Hintergrund treten und es könnte gelingen, auf diese Weise — ebenso, wie dies 1878 geglückt war — einen willigen Reichstag zu bekommen und uns möglichst zu beseitigen. In diesem Sinne sprachen schon längere Zeit vor Eröffnung der letzten Reichstagssitzung conservative und nationalliberale Organe; sie drängten dahin, daß die Regierung, obwohl die letzte Bewilligung des Präsenzstandes noch bis zum 1. April 1888 lief, doch schon diesem Reichstage eine Vorlage bezüglich einer neuen Bewilligung mache. Dieser Wunsch ist erfüllt. Eine der ersten Vorlagen, welche dem Reichstage nach seiner Eröffnung zugingen, war die Erneuerung des Septennats.

Es war damals eine Zeit schwerer Kriegsbefürchtungen. Die bulgarische Frage hatte Europa auf das Tiefste erregt, und es wurde uns die Gefahr eines gegen Deutschland gerichteten russisch-französischen Bündnisses als sehr nahe geschildert. Die Vorlage vermehrte noch diese Befürchtungen, indem sie nicht nur eine ganz außerordentliche Erhöhung des Präsenzstandes — um 41 000 Mann — wieder auf 7 Jahre, und zwar schon vom 1. April 1887 an, also ein Jahr vor Ablauf der früheren Bewilligung forderte, sondern auch diese neue große Verstärkung damit begründete, daß wir im Stande sein müßten, zwei Feinden zugleich entgegen zu treten. Die Mehrausgaben, welche die Vorlage herbeiführte, wurden auf rund 24 Mill. Mk. in den laufenden und ebenso viel in den einmaligen Ausgaben berechnet.

Pflicht des Reichstages war es, auf das Eingehendste zu erwägen, ob die Lage Deutschlands eine solche neue Verstärkung des Heeres verlange, und wenn und so weit er dies nöthig fand, wie die daraus sich ergebende persönliche und finanzielle Belastung des Volkes möglichst gemildert werden könne. Die Erwägungen haben stattgefunden und sind mit aller zulässigen Beschleunigung und aller Gründlichkeit geführt. Allerdings haben sich daran Conservative und Nationalliberale sehr wenig betheiligt, da sie von vorn herein entschlossen waren, alles unbesehen zuzugestehen was die Regierung forderte. Die Hauptarbeit lag der Commission, in welche die Vorlage verwiesen wurde, ob. Dieselbe hat dazu 9 Sitzungen gebraucht, welche zum großen Theile durch die ausführlichen Erläuterungen der Militärverwaltung ausgefüllt wurden. Aus diesen Erläuterungen ergab sich, daß ein Theil der geforderten Erhöhung der Präsenzziffer und der neuen Cadres, nämlich 14 000 Mann für 15 Bataillone und 24 Batterieen nebst zugehörigen Stäben für die Verstärkung der Grenztruppen bestimmt seien, daß ferner 16 vierte Bataillone mit etwa 13 000 Mann im Innern neu formirt werden und weitere 14 000 Mann zu einer durchgängigen Verstärkung der Infanterie-Bataillone um einige Mann dienen sollten. Während die übrigen Neuformationen dauernde sein sollten, wurden die 16 vierten Bataillone als provisorisch bezeichnet. Die Erhöhung der Friedensstärke von 41 000 Mann hat nun nicht zur Folge, daß in gleichem Maße die Kriegsstärke steigt, diese erhöht sich vielmehr nur um die Zahl der mehr ausgebildeten Rekruten, also um 15 000 Mann jährlich. Für einen etwa in naher Zeit ausbrechenden Krieg hätte also, abgesehen von den für die Grenztruppen bestimmten Neuformationen, die Erhöhung der Friedensstärke nur geringe Wirkung gehabt, wie auch der Kriegsminister anerkannte; sie sollte dazu dienen, die Stärke unserer Armee in angemessenem Verhältniß zu denjenigen unserer Nachbarn zu halten. Zur Motivirung dieser Nothwendigkeit wurden eingehende Mittheilungen über die Stärke anderer, namentlich der russischen und französischen Armeen, gemacht. Mit den Einzelheiten der Commissionsberathungen und den einzelnen während derselben gestellten, angenommenen und abgelehnten Anträgen will ich Sie nicht ermüden, da dies für die jetzige Situation nicht mehr in Betracht kommt. Die von unseren Freunden und dem Centrum gestellten Anträge bewegten sich alle in der Richtung, die Cadres für die Grenzformationen dauernd, die neuen vierten Bataillone auf Zeit und von der Erhöhung des Präsenzstandes den für die Grenzformationen bestimmten auf 3 Jahre, das Uebrige nur auf 1 Jahr zu bewilligen; von unserer Seite war die Ablehnung der Bewilligung der für die Verstärkung der Infanterie-Bataillone beantragten 14 000 Mann gefordert. Die Frage der Zeitdauer der Bewilligung des Präsenzstandes — ob 7 Jahre oder eine kürzere Zeit, spielte keine erhebliche Rolle. Die Kriegsverwaltung erklärte an sich eine dauernde Bewilligung der Präsenzstärke für das Richtige, und da eine solche von vornherein für unerreichbar gehalten und auch nicht beantragt war, hielt sie an der siebenjährigen Dauer fest; das Hauptgewicht wurde aber von allen Seiten auf die Vermehrung des Cadres und die Erhöhung der Präsenzstärke gelegt. Die officiellen Motive der Vorlage gaben auch zu verstehen, daß bezüglich der Dauer der Bewilligung der Präsenzstärke nicht an 7 Jahren unbedingt werde festgehalten werden.

Die Commissionsberathungen ergaben, weil Nationalliberale und Conservative lieber nichts zu Stande kommen lassen wollten, als daß sie einer Verringerung der Regierungsforderung zugestimmt hätten, in zweiter definitiver Lesung keinen Beschluß über die Friedenspräsenzstärke, sondern nur einen solchen über die Vermehrung der Cadres. Außerdem war in der Commission eingehend darüber verhandelt, ob es denn nicht möglich sei, die neue Vermehrung der Militärlast dadurch etwas zu mildern, daß eine allgemeine, wenigstens faktische Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie durch Vermehrung der Beurlaubungen und spätere Aushebung der Rekruten eintrete. Der lange Dienst bei der Fahne ist namentlich für alle Gewerbetreibenden eine sehr große Störung und es ist nothwendig, diese, so weit dies mit der militärischen Ausbildung verträglich, zu vermindern. Leider fanden wir dafür bei der Militärverwaltung kein Entgegenkommen. Alle Parteien des Reichstages waren, wie die Verhandlungen im Plenum wie der Commission ergeben, weit entfernt davon, dasjenige verweigern zu wollen, was zur Sicherstellung Deutschlands für die Armee nothwendig ist. Sie erkannten auch willig die Autorität unserer militärischen Führer an, aber sie fühlten auch die Pflicht eigener genauer Prüfung. Diese hatte nun für meine Freunde nicht das Resultat, daß wir in allen Stücken von der Nothwendigkeit der Forderungen der Regierung überzeugt wurden, aber wir sagten uns, daß, wenn es uns nicht gelänge, dieser die Richtigkeit unserer Ansichten klar zu machen, es in der Situation, in welcher sich Deutschland befand, besser sei, uns den militärischen Autoritäten zu fügen. Vor Beginn der zweiten Lesung im Plenum erklärten wir uns deshalb bereit, die gesammten Forderungen der Regierung, also die ganze Vermehrung der Cadres und die volle Erhöhung des Präsenzstandes, die erstere dauernd, die letztere statt auf 7 Jahre auf 3 Jahre zu bewilligen. Zu dem gleichen Zugeständniß war das Centrum bereit. Eine sehr große Majorität des Reichstages war diesem Vorschlage sicher, wenn die Regierung bereit war, ihn anzunehmen. Im Beginn der zweiten Lesung im Plenum erkannte auch Graf Moltke besonders an, daß von den großen Parteien des Reichstages keine sei, welche der Regierung die Mittel verweigern, die sie für die Vertheidigung Deutschlands nach außen fordere. Er verlangte allerdings auch, daß die Armee kein Provisorium sei, die Grundlage jeder militärischen Organisation sei die Dauer. Cadres würden erst wirksam nach einer Reihe von Jahren. Die Cadres sollten dauernd bewilligt werden, dieser Forderung des Grafen Moltke wäre also entsprochen. Wir mußten annehmen, daß auch der Regierung nur erwünscht sein werde, auf Grund unseres Vorschlages, dem im Falle ihrer Zustimmung auch Nationalliberale und Conservative zugetreten wären, ein nahezu einstimmiges Votum des Reichstags zu erzielen. Zu unserm großen Bedauern haben wir uns getäuscht. Der Herr Reichskanzler, der nun in die Verhandlungen eingriff, stellte zunächst die Vorlage auf eine ganz andere Basis. Während bisher die Vermehrung der Armee mit der Möglichkeit eines französisch-russischen Bündnisses gegen uns motivirt wurde, erklärte der Herr Reichskanzler, daß wir mit Rußland in den allerbesten Beziehungen ständen und daß an ein Bündniß desselben mit Frankreich gegen uns nicht zu denken sei. Nur das letztere hätten wir zu fürchten.

Damit waren allerdings die Motive für die Vermehrung der Armee erheblich abgeschwächt, dennoch waren wir bereit, falls trotzdem die Militärverwaltung bei ihrer Forderung beharrte, an unserem Zugeständnisse festzuhalten, wir wollten uns auch unter diesen Umständen in die Mehrbelastung finden und keine Schwierigkeiten machen, wenn es sich um die Sicherheit Deutschlands handelte.

Es wäre nun wohl zu erwarten, daß der Herr Reichskanzler so weitgehenden Zugeständnissen gegenüber sich entgegenkommend und versöhnend gezeigt hätte, aber gerade das Gegentheil war der Fall, er trat uns als erbitterter Gegner entgegen und wies alles von der Hand. Allerdings wollte er — entgegen der von der Militärverwaltung festgehaltenen Ansicht — nicht eine Bewilligung der Präsenzstärke auf die Dauer, weil er darin eine Beeinträchtigung des Kaisers erblickte, eine Erhöhung zu fordern, aber er verlangte durchaus eine Bewilligung nicht auf 3, sondern auf 7 Jahre. Er erklärte, daß im ersteren Falle die Armee nicht mehr eine kaiserliche, sondern eine Parlamentsarmee sein werde, nicht mehr von dem Kaiser, sondern von den Führern der Mehrheit des Parlamentes, den Herren Richter, Windthorst, Grillenberger befehligt werde. Wie eine drei- oder siebenjährige Bewilligung einen solchen Unterschied machen soll, ist völlig unerfindlich; in beiden Fällen hängt die Armee von dem Parlamente ab, und in keinem Falle wird dadurch irgend etwas an der Stellung des Kaisers zum Heere geändert. Der Reichskanzler gab zu verstehen, daß es keineswegs sicher sei, daß der Reichstag bereit sein werde, das für die Armee Erforderliche zu bewilligen. Nun ist wohl keiner im Reichstage und im Volke so thöricht, daß er nicht alles thun und bewilligen würde, was zu Deutschlands Sicherheit nöthig ist. Kein Augenblick aber war wohl weniger geeignet, einen solchen Zweifel zu erheben, als der gegenwärtige, in welchem der Reichstag in seiner größten Mehrheit bereit war, eine so erhebliche Mehrbewilligung zu machen.

Daß es an sich nicht zweckmäßig sei, wieder auf 7 Jahre zu bewilligen, darüber waren wir uns klar. Gerade die Erfahrungen, welche bisher mit den Septennaten gemacht sind, mußten uns dazu bringen. Jede Erneuerung derselben hat zu sehr lebhaften Erörterungen, die nicht nur unsere inneren Verhältnisse störten, sondern auch auf unsere Beziehungen zum Auslande schädlich wirkten, geführt. Ganz natürlich, weil es sich dann jedes Mal um sehr erhebliche Aenderungen und Erhöhungen handeln mußte. Viel richtiger ist die Bewilligung in kurzen Fristen, auch für die Armee, weil dann allmählig das Nöthige geschehen kann und man beiderseits sich auch leichter verständigt. Wir, die wir der freisinnigen Partei angehören, waren aber außerdem durch unser Programm unsern Wählern gegenüber gebunden, auf nicht längere Zeit als eine Legislaturperiode, in diesem Falle also auf nicht länger als 3 Jahre zu bewilligen. Hätten wir für nöthig gehalten, davon abzugehen, dann hätten wir zunächst unsere Wähler **befragen** müssen.

Unsern guten Gründen hat der Herr Reichskanzler nicht Gegengründe entgegen gesetzt, sondern die Drohung mit einer Auflösung des Reichtages. Wir hatten eine solche in keiner Weise zu fürchten, aber diese Auflösung sollte keineswegs den Zweck haben, die Meinung des Volkes zu hören und nach derselben zu handeln, sondern der Herr Reichskanzler erklärte, daß, wenn der neue Reichstag wieder ebenso beschließen würde, wie der aufgelöste, die verbündeten Regierungen an ihrer Meinung festhalten, entweder wieder auflösen oder ohne den Reichstag die Sache machen würden. Er gab uns eine höchst verwunderliche Erklärung der Verfassung. Der Art. 59 derselben bestimme die Dauer der activen Dienstpflicht auf 3 Jahre, und wenn nicht auf Grund des Art. 60 eine Verständigung über die Präsenzstärke mit dem Reichstage stattfinde, so sei der Kaiser nach Art. 63 befugt, dieselbe festzustellen, und nur insofern beschränkt, als die dreijährige Dienstzeit nicht überschritten werden dürfe. Es wäre eine seltsame Verfassung, welche in dem einen Artikel die Präsenz von der Bewilligung des Reichtages abhängig macht, in einem andern sie dem Kaiser allein überläßt. Aber der Herr Reichskanzler hat sich geirrt; er hat die Bestimmung, auf welche er sich berief, nicht ganz gelesen. Sie heißt: „Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand — bemerken Sie, Präsenzstand, nicht Präsenzstärke — aber es geht weiter. Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Contingente des Reichsheeres. Daraus ergiebt sich, daß hier eigentlich nicht von der Präsenzstärke der ganzen Armee, sondern von der Vertheilung derselben — so wie sie nach Art. 60 bemessen ist — auf die einzelnen Contingente handelt. Der ganze Artikel 63 handelt überhaupt nur von der Organisation rc. des Heeres und regelt die besonderen Rechte, welche der Kaiser in dieser Beziehung, namentlich auch gegenüber den anderen Fürsten, hat. Kein Jurist kann sich die Auffassung des Reichskanzlers aneignen; es ist unzweifelhaft, daß die verbündeten Regierungen oder der Kaiser nicht befugt sind, ohne Zustimmung des Reichstages die Präsenzstärke festzusetzen. Nun war für uns die Frage, sollten wir entgegen unserer wohlbegründeten Ueberzeugung und lediglich, weil der Reichskanzler es forderte, nur seinem Willen und seinen Drohungen nachgebend, die Bewilligung auf 7 Jahre zugestehen? Wir hielten uns dazu, ganz abgesehen von der Bindung durch das Programm, nicht für berechtigt. Der Reichstag darf sich in solcher Weise nicht unterwerfen, und wir hielten uns, als die Vertreter des Volkes, verpflichtet, seine Rechte und seine Würde zu wahren. Wir konnten mit gutem Gewissen erklären, daß es uns fern liege, jemals das zu verweigern, was für die Sicherheit Deutschlands an Kriegsrüstung erforderlich sei, daß unter gleichen Umständen wie jetzt auch das Gleiche stets werde bewilligt werden, aber weiter **konnten wir nicht gehen**, wir konnten unsere gewissenhafte Ueberzeugung, konnten das Recht des Reichstages nicht opfern. (Lebh. Zustimmung.)

Wir hielten mit dem Centrum an unseren Anträgen fest, von welchen derjenige über die Bewilligung des Präsenzstandes, wie ihn die Regierung gefordert hatte, aber auf nur 3 Jahre, gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Conservativen angenommen wurde. Ehe aber noch der Reichstag, und zwar diesmal auch die Nationalliberalen und Conservativen, den zweiten Paragraph genau nach der Regierungsvorlage, also die dauernde Bewilligung der gesammten geforderten Cadres beschließen konnte, erklärte der Reichskanzler den Reichstag für aufgelöst, also in dem Augenblicke, wo derselbe bereit war, alles, was für die Sicherheit Deutschlands erforderlich erachtet war, voll und ganz zu bewilligen. Die Auflösung ist also erfolgt, bevor der Reichstag auch nur die zweite Lesung beendet hatte; er ist dadurch überhaupt an einen gültigen Beschluß verhindert, denn ein solcher wird erst in dritter Lesung gefaßt. Wie ein solcher ausgefallen wäre, ist mit Sicherheit nicht zu sagen; er konnte den Beschluß zweiter Lesung bestätigen oder ablehnen, er konnte zur vollständigen Annahme der Regierungsvorlage führen, das kann niemand sagen.

Die Verantwortung für diese Auflösung trägt ganz allein die Regierung, nicht die Mehrheit des Reichstages.

Man hat wohl — und auch hier in Danzig — uns den Vorwurf gemacht, daß wir gerade bei diesem Punkte es zu einem Conflicte hätten kommen lassen; wir hätten ihn vermeiden und unsere Kraft auf die Bekämpfung der wirthschaftlichen Pläne der Regierung concentriren sollen. Aber wir hatten keine Wahl, und glauben Sie, daß durch ein Nachgeben an jener Stelle die Kraft der nachgebenden Reichstagsabgeordneten gestärkt wäre. Gewiß nicht. Sie würden das Vertrauen der Wähler verloren haben und nicht, mehr sondern weniger Widerstandskraft für die schweren Kämpfe gehabt haben, welche uns noch bevorstehen. Und zwar schon in dem nächsten Reichstage. (Zustimmung.)

Man sucht freilich den Anschein zu geben, als habe derselbe sich nur mit einer neuen Militärvorlage zu beschäftigen; aber er wird auf **drei Jahre** erwählt und hat alle Vorlagen zu erledigen, die ihm in dieser Zeit zugehen; in wenigen Wochen wird das Militärgesetz erledigt sein, und dann werden andere Dinge kommen, darunter sicherlich alle die alten Pläne, namentlich die Monopole. Die Finanzlage des Reiches und der einzelnen Staaten ist derartig, daß, wenn man auf den bisherigen Wegen bleiben will, gar kein anderes Mittel ist, um den Zusammenbruch zu verhindern. Der sociale Frieden ist durch das Fortbestehen des Socialistengesetzes und dessen stets verschärfte Anwendung auf das Aeußerste gestört; tiefes Mißbehagen ist unter den Arbeitern. Damit sie diesem bei den Wahlen keinen Ausdruck geben können, wird man auf die schon versuchten Beschränkungen des **Wahlrechts** zurück kommen. In solcher Lage ist es durchaus nothwendig, sich vorzusehen und nur solche Männer in den Reichstag zu wählen, von welchen man sicher ist, daß sie allen derartigen Absichten festen Widerstand leisten. Darum dürfen Sie auch nicht dem Abgeordneten eine Marschroute geben, wie es hier in Danzig von einer Seite verlangt ist, nämlich die Anweisung, unter allen Umständen für die unveränderte Militärvorlage, für das Septennat zu stimmen. Das ist der Verfassung nicht entsprechend, und ein Mann, der mit solcher Anweisung in den Reichstag träte, würde weder wissen, wo er dort seinen Platz zu suchen hätte, noch überhaupt irgend eine Stellung haben. Er würde am allerwenigsten im Stande sein, Monopolprojecten und ähnlichen Dingen Widerstand zu leisten. Er würde ein gebrochenes Schwert haben. (Lebhaftes Bravo!)

Kein Abgeordneter der auf dem Boden des Liberalismus steht, kann sich eine solche Marschroute auflegen lassen.

Die Politik, welche jetzt verfolgt wird, ist ihrem Ende nahe. Sie hat nichts erreicht. Die Schutzzollpolitik mag einzelnen vorübergehend genützt haben, im ganzen hat sie geschadet. Industrie, Handel und Landwirthschaft liegen darnieder. Unser Export ist auf das Höchste dadurch benachtheiligt, daß unsere Nachbarn unserem schutzzöllnerischen Beispiele gefolgt sind und noch weiter folgen. Der Fortschritt unserer Industrie ist dadurch und durch die vielfache Hemmungen, welche ihr die neuere Gesetzgebung auflegt, behindert, der Unternehmungsgeist gelähmt. Die socialen Zustände sind durch die Socialreform nicht gebessert; das Wenige, was erreicht ist, verursacht unverhältnißmäßige Mühen und Kosten, ohne den erhofften Effect zu haben. Die arbeitenden Klassen sind durchaus nicht zufriedengestellt. Es müssen neue Wege verfolgt werden, wenn wir zu befriedigenden Zuständen kommen wollen. Durch Handelsverträge müssen wir zu Zollerleichterungen und wieder zu freierem Verkehr kommen; unsere indirecten Steuern und die Zölle müssen wir so reformiren, daß die übermäßige Belastung der weniger Bemittelten beseitigt wird; die Branntwein- und die Zuckersteuer müssen so umgestaltet werden, daß sie der Reichskasse reichliche Erträge geben und die Abschaffung anderer drückender indirecter Steuern und Zölle ermöglichen. Neben diese indirecten Abgaben muß zur Ausgleichung eine die Wohlhabenden besonders treffende Reichseinkommensteuer gesetzt werden. Daneben ist für Preußen eine Reform seines directen Steuerwesens im Sinne der Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit nöthig. Ich zweifle nicht, daß auf diese Weise es möglich sein wird, das Reich finanziell selbstständig zu machen, ebenso wenig aber auch, daß durch die Hebung des Unternehmungsgeistes und des Wohlstandes, welche die Folge solcher Reformen sein würde, auch die einzelnen Staaten in bessere finanzielle Lage kommen würden. Namentlich würden ihre großen Betriebsverwaltungen, Eisenbahnen, Bergwerke rc., aber auch die directen Steuern viel höhere Erträge liefern. — Ferner ist es durchaus nöthig, den socialen und religiösen Frieden herzustellen. Die unsere arbeitenden Klassen treffende Ausnahmegesetzgebung muß beseitigt; für Wahrung der Coalitionsfreiheit, für eine verständige und consequente, den Interessen der Arbeiter wirklich dienende und im Einverständniß mit ihnen zu schaffende Arbeiterschutzgesetzgebung muß gesorgt, das Vereinswesen auf eine solche Basis gestellt werden, daß es nicht bloß vor Beeinträchtigungen geschützt ist, sondern auch eine rechtliche Lebensstellung erhält. Die Stellung der Kirche muß durch eine klare, die Willkür ausschließende gesetzliche Feststellung endgültig geregelt werden;

Wenn man solche Wege einschlägt, so zweifle ich nicht, daß dann Deutschlands Wohlstand sich heben und Frieden und Vertrauen wieder in unser inneres Leben eintreten wird. (Beifall.)

Ich hoffe, daß auch wieder Vertrauen zwischen Regierung und Reichstag kommen wird. Je länger ich das politische Leben in Deutschland beobachte und je länger ich in ihm thätig bin, desto fester wird in mir die Ueberzeugung, daß wir einer kräftigen, allgemeines Vertrauen genießenden Volksvertretung bedürfen, — nicht blos des Volkes, sondern ebenso des Kaisers wegen. Es war kein schwärmender Idealismus, als im Jahre 1848 das deutsche Volk zum deutschen Reiche neben dem Kaiser ein starkes, das ganze Volk vertretendes Parlament forderte. Es war kein schwärmender Idealismus, als damals, als der König von Preußen sich anschickte, den Widerstand deutscher Fürsten gegen die Neubegründung des deutschen Reiches mit Waffengewalt zu brechen, sie einen auf directen Wahlen beruhenden Reichstag verlangten. Sie wußten, daß der Kaiser der Stütze einer auf dem Vertrauen des Volkes beruhenden starken Volksvertretung bedarf. (Lebh. Zustimmung). Der Reichstag hat die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt; ihm ist es zu danken, daß nach dem Bruderkriege sich so schnell die Einigung im Norddeutschen Bunde vollzog, er hat das Meiste für die Vorbereitung des Deutschen Reiches gethan. Wenn wir die Rechte des Reichstages wahren, so handeln wir auch im Interesse der Stellung des Kaisers. Ich schließe daher meine Ausführungen mit der Aufforderung, unbeirrt in den uns jetzt bevorstehenden Kampf für Freiheit und Verfassung und Recht zu gehen, in Treue zu Kaiser und Reich!

Lange anhaltender, rauschender Beifall folgte diesen Ausführungen. Als sich derselbe gelegt hatte, ertheilte der Vorsitzende dem auf Einladung des Wahlvereins-Vorstandes ebenfalls zu dieser Versammlung nach Danzig gekommenen Landtags- und früheren Reichstags-Abgeordneten unserer Stadt, Hrn. **Rickert** das Wort.

Abg. Rickert (von der Versammlung enthusiastisch begrüßt) bittet, als er am Anfang seiner Rede noch nicht in allen Theilen des Saales zu verstehen ist und mit dem Ruf: „lauter!" unterbrochen wird, um Nachsicht, da er immer noch an einer starken Erkältung leide; die äußerst angenehme Temperatur im Saale werde wohl auf seine Stimmmittel allmählich belebend wirken. (Heiterkeit.) In einer ganz ungewöhnlichen Lage treten die bisherigen Abgeordneten vor ihre Wähler. Mitten in seiner Arbeit, ohne daß es ihm möglich war, über die Militärvorlage einen definitiven Beschluß zu fassen, wie es die nach der Verfassung vom Reichstag erlassene Geschäftsordnung vorschreibt, ist der Reichstag aufgelöst; die Abgeordneten sind — wie sich ein Blatt geschmackvoll äußerte — „nach Hause geschickt", und diejenigen, welche der Regierung soweit entgegengekommen, daß sie derselben materiell alles Verlangte zugestanden, werden jetzt auf das Heftigste angefeindet und verlästert. Vernichtung der jetzigen Majorität — das ist die Parole, und mancher mag im Herzensgrund bedauern, daß, wie es in einem amtlichen Bekanntmachungen dienenden Kreisblatt hieß, die gegenwärtigen Gesetze es noch nicht gestatten, die Rädelsführer Windthorst, Richter, Stauffenberg, Rickert, Bamberger u. s. w. an den Kragen zu nehmen und in Weichselmünde, Magdeburg oder Posen einzusperren. (Große Heiterkeit.) Für ein Wunder muß es beinahe gelten, daß in einem andern amtlichen Kreisblatt offen anerkannt ist, daß Freisinnige und Centrum so gut wie Conservative und Nationalliberale wie jeder Unparteiische zugeben müsse, der Regierung gegenüber große Nachgiebigkeit gezeigt, daß diese Nachgiebigkeit der Regierung noch nicht genügt, und daß sie lieber mit einem neuen Reichstag verhandeln wolle. Diese Bemerkung trifft die Sachlage besser, als alle die düsteren Schilderungen von bevorstehenden Conflicten. Gewählt wird in diesem Jahre doch, weshalb also nicht unter besseren Chancen jetzt? „Wir sind — sagte der Reichskanzler — überhaupt viel zu ängstlich in Bezug auf die Auflösungen. (Heiterkeit.) In England löst man jeden Donnerstag ein Parlament auf, wenn man glaubt, **mit dem Nachfolger sich leichter verständigen zu können, als mit dem gegenwärtigen.**" In dieser Beleuchtung erscheint die Auflösung etwas anders, als in den Schilderungen der Pessimisten. Hier in Danzig ist ein Aufruf, von 18 Herren unterzeichnet, erschienen, welcher will, daß ein solcher Kandidat aufgestellt werde, welcher voll und ganz für die Vorlage der Regierung hinsichtlich der Herresstärke eintritt." Ein solches Mandat kann kein Kandidat annehmen. Wer vermag denn zu übersehen, welche Veränderungen der Situation eintreten? Im Uebrigen stellt die erwähnte Erklärung, — die Redner nur sachlich und ohne irgend welche feindselige Tendenz beleuchten will — die Sachlage unrichtig dar. Sie sagt: „Die Heeresvorlage der verbündeten Regierungen ist nur auf 3 Jahre bewilligt." Diese Darstellung entspricht nicht den Thatsachen. Die Heeresvorlage enthält zwei Theile: 1. die Vermehrung der Kadres um 34 Bataillone und 24 Batterieen. Hierüber hat man den Reichstag einen Beschluß garnicht mehr fassen lassen, auch in zweiter Lesung nicht. Es steht aber fest, daß eine große Majorität — einen solchen Beschluß hat die freisinnige Fraction gefaßt — diese vermehrten Kadres **auf die Dauer** bewilligen **wollte.** Sie war bereit, der Regierung soweit entgegenzukommen, obwohl der Kriegsminister in der Kommission wiederholt erklärt hatte, daß die 16 vierten Bataillone als eine dauernde Einrichtung nicht ins Auge gefaßt seien, sondern unter anderen Verhältnissen später eine Rückbildung gewünscht wäre; 2. verlangt die Heeresvorlage eine Erhöhung der Friedensstärke um 41 000 Mann auf 7 Jahre. Diese Erhöhung zunächst nur für 3 Jahre auszusprechen, war der Inhalt des Beschlusses erster Lesung, selbstverständlich nicht in der Absicht, um nach 3 Jahren das dann noch Nöthige zu verweigern, sondern nur, um, wie dies bei sehr vielen wichtigen Dingen geschieht, eine nochmalige Prüfung eintreten zu lassen. Wir wünschen sicherlich ebensowenig einen Conflict, wie die Unterzeichner der Erklärung, es ist von uns alles gethan, um ihn zu vermeiden. Wie soll denn auch ein Conflict entstehen, wenn die Majorität **alles** für **drei Jahre bewilligt?** Es kann dann doch erst nach 3 Jahren ein Conflict entstehen und auch dann nur, wenn die Majorität das Nöthige ablehnt? Gerade die Regierung ist es, die die Militärfrage vor die Wähler bringt, obschon nach unserer Ueberzeugung gar keine Veranlassung dazu vorliegt. Ich habe daraus gelernt, daß ich früher im Irrthum war, als ich glaubte, es würde sorgfältig vermieden werden, gerade diese Frage in den Wahlkampf zu werfen. Wir werden alles vermeiden, was die Interessen der Armee in demselben schädigen könnte, aber wir werden nicht zustimmen, wenn man die Mitwirkung der Volksvertretung bei den Heeresfragen möglichst einschränken will. (Lebh. Bravo.)

Weshalb greift man jetzt plötzlich die Freisinnigen wegen ihrer Haltung an? In Uebereinstimmung mit den wiederholten Ausführungen des Reichskanzlers, daß in Deutschland große Parteien nothwendig sind, wenn unser inneres Leben sich in heilsamer Weise entwickeln soll, — der Reichskanzler hat 1878 die große nationalliberale Partei zerschlagen, als sie zu selbstständig schien — haben wir die Vereinigung der früheren Fortschrittspartei und der liberalen Vereinigung zu einer Partei herbeigeführt. Die Gründe sind bekannt. Diese Vereinigung vollzog sich im März 1884 unter voller Zustimmung der Parteigenossen auf Grund eines Compromiß-Programms, nach welchem die Feststellung der Friedensstärke innerhalb des Zeitraums einer Legislaturperiode (3 Jahre) stattfinden soll. Auf Grund dieses gebilligten Programms sind wir gewählt. (Sehr richtig.) Wenn wir hätten anders stimmen wollen, hätten wir unser Mandat niederlegen und unsererseits an die Wähler appelliren müssen. Unsere Statuten schreiben vor, daß die 1884 vereinbarten Punkte nur durch die Delegirten der Wahlkreise in einem Parteitage abgeändert werden können. Weshalb haben denn diejenigen, welche mit dem einen Punkt bezüglich der Heeresstärke nicht einverstanden waren, nicht einen Antrag auf Abänderung desselben gestellt? Uns macht man jetzt einen Vorwurf daraus, daß wir den Wählern gehalten, was wir ihnen versprochen haben. (Lautes lebhaftes Bravo.) Seit 1884 wußte man, was wir thun würden, und nahm keinen Anstoß daran. Gerade diejenigen Zeitungen, welche die Bildung der freisinnigen Partei 1884 mit Freuden begrüßten, sind jetzt am eifrigsten am Werk bei der allgemeinen Hetze gegen die freisinnige Partei. Sie ist das Hauptziel des heftigen Angriffs; um freie Bahn zu erhalten, muß ihr der Garaus gemacht werden. Ob das gelingt, liegt in der Hand der Wähler. (Lebhafte Zustimmung.) — Redner bittet alsdann in Uebereinstimmung mit dem gesammten Wahlausschuß, ihn des früher gegebenen Versprechens zu entbinden, hier später wieder zu kandidiren, da er seinem jetzigen Wahlkreis Brandenburg sich zur Verfügung zu stellen dringend aufgefordert sei. Das Zweckmäßigste sei jetzt: Wiederwahl. Redner hebt alsdann im Anschluß an frühere Ausführungen gegenüber den Darstellungen in der gegnerischen Presse hervor, daß er 1880 schon den — allerdings abgelehnten — Antrag gestellt habe, die Friedensstärke nicht auf 7, sondern auf 5 Jahre zu bewilligen, daß er dann für 7 Jahre gestimmt, weil er dem früheren Kriegsminister gegenüber sich durch die Verhandlungen von 1874 in gewissem Sinne moralisch für gebunden erachtet habe, für eine längere Zeit zu stimmen, daß er aber damals sich dagegen schon verwahrt habe, daß er das Septennat auch in Zukunft annehmen würde. — Redner fährt hierauf fort: In materieller Beziehung habe ich in Bezug auf Heeresfragen noch dieselbe Stellung wie 1880. Ich werde jetzt und in Zukunft mit Freuden zur Stärkung der Machtstellung des Vaterlandes beitragen. Der Vergleich mit dem preuß. Conflicte von 1860 ist ganz unzutreffend. Damals wollte die Majorität sachlich die Reorganisation nicht, heute hat dieselbe der Regierung alles bewilligt. Daß die Frage, ob die Friedensstärke auf 7 oder 3 Jahre festzustellen, zu einer ernsten Differenz führen könnte, hat vor dem Eingreifen des Reichskanzlers in den letzten Tagen wohl niemand geahnt. Die Bundesregierungen haben in den Motiven der Vorlage ausdrücklich erklärt, „daß **eine Periode von sieben Jahren nicht unter allen Umständen für die Weiterentwickelung unserer Wehrkraft maßgebend sein kann,** daß aber aus der gegenwärtigen Lage sich kein Grund entnehmen lasse, **einer neuen Gesetzesvorlage von Hause aus eine geringere Gültigkeitsfrist zu geben.**" Damit ist doch deutlich genug ausgesprochen, daß die siebenjährige Feststellung der Friedensstärke nicht wesentlich und nicht entscheidend ist. So hat es auch die nationalliberale und conservative Presse aufgefaßt. Ueber die Frage, ob 7, ob 3 Jahre — so hieß es in jener Presse — werde man sich nicht erhitzen. Wenn man jetzt die Autorität des Grafen Moltke für die sieben Jahre anführt, so muß man sich daran erinnern, daß Graf Moltke 1874 ausdrücklich für die dauernde Feststellung sich erklärte, weil ihm „nicht einleuchten wollte, daß der Bestand der Armee abhängig sein solle von dem Bewilligungsrecht des Reichstags." Trotzdem haben Bennigsen und die nationalliberale Partei gegenüber der Autorität Moltkes auf 7 Jahren bestanden und dieser hat schließlich auch, nachdem der Reichskanzler dafür, für 7 Jahre gestimmt, weil nach seiner Ueberzeugung „auch nach 7 Jahren ein patriotischer Reichstag das nicht würde ablehnen können, was er 1874 als nothwendig erkannte, und weil sich für die 7 Jahre eine Majorität fand, welche der Wichtigkeit des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes nach außen und der Würde des Reichstags entspricht." Gelten dieselben Gründe nicht auch genau ebenso für die Bewilligung auf 3 Jahre? In Bezug auf die dauernde Bewilligung denkt jetzt der Reichskanzler anders als Graf Moltke und der Kriegsminister. Er hat sich ausdrücklich gegen eine solche dauernde Bewilligung der Friedensstärke erklärt, weil sie das Recht des Kaisers, eine Erhöhung derselben zu verlangen, einschränke. Liegt aber eine Einschränkung nicht auch in den 7 Jahren? In Wirklichkeit haben wir ein Septennat niemals gehabt. In Preußen wurde die Friedensstärke jedes Jahr, 1867 auf 4, 1871 auf 3 Jahre festgestellt, die dann folgende Periode betrug 6¼ Jahre und die jetzige nur 6 Jahre. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Regierung das 1874 und 1880 abgeschlossene Compromiß nicht lösen und verlassen wolle, steht mit der Thatsache im Widerspruch, daß die Regierung selbst schon nach sechs Jahren die Friedensstärke erhöhen will. Wo bleibt da das Septennat? Die Regierung hat sich — und das verdenkt ihr niemand — daran nicht für gebunden erachtet. Entgegen den jetzigen Ausführungen des Reichskanzlers hat der Kriegsminister v. Kameke bei der Berathung des Militärgesetzes von 1880, bevor das zweite Septennat beschlossen wurde, ausdrücklich erklärt, daß „die Regierung sich wieder auf den Standpunkt des Compromisses von 1874 gestellt habe, **ohne dadurch ausdrücken zu wollen, daß der Reichstag durch Versprechungen zum Halten des Compromisses gezwungen sei.**" Das Septennat ist von uns immer als ein Uebergangsstadium aufgefaßt. Derselben Anschauung hat auch der später nationalliberale Abg. Löwe (Bochum) bei den Verhandlungen von 1874 Ausdruck gegeben. Die Marine wird jährlich nicht bloß in ihrem Friedensstande, sondern auch in ihrer Organisation im Etat bewilligt. Hat es ihr geschadet? Hat sie sich nicht entwickelt, daß es eine Freude ist? Gerade die jetzige, soviel geschmähte Majorität hat in den letzten Jahren mehr bewilligt, als früher besser angeschriebene Majoritäten in einem Jahrzehnt. (Sehr richtig.) Und werden nicht die technischen Truppen, die im Friedensstande nothwendigen Offizierstellen der Kriegsministerien, des Generalstabes, des Ingenieurcorps, des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, sowie das gesammte Heeres-Verwaltungs-Personal nach § 4 des Kriegsgesetzes von 1874 jährlich durch den Reichshaushaltsetat bewilligt? (Hört!) Je kürzer die Bewilligungsfristen, desto besser für die Armee. Das giebt dann keine Aufregungen, keine großen Kämpfe. So wird allmälig und ohne viel Aufhebens gewährt, was nöthig ist. Freilich wer die Volksvertretung in Militärfragen überhaupt nicht oder möglichst wenig mitwirken lassen will, der wird anders darüber denken. Nichts anderes haben wir verlangt, als daß der Reichstag nach 3 Jahren noch einmal mit der Regierung darüber verhandele, ob man sich dann nicht über gewisse Erleichterungen (selbst die conservative „Heereszeitung" sagt, man müsse so gerecht sein, anzuerkennen, daß durch spätere Einstellung der Rekruten um 1 Monat u. s. w. erhebliche Ersparnisse sich erzielen lassen) ohne Schädigung des Heeres mit der Regierung verständigen könne. Die vermehrte Aushebung und Ausbildung der wehrfähigen Mannschaften wird in keiner Weise bestritten, auch die Freisinnigen würden darin noch weiter gehen, wie die Regierung jetzt, gerade im Interesse der Erhöhung der Kriegsstärke; man wolle nur finanzielle Compensationen. Gerade die ungelöste Deckungsfrage ist es, die uns zu doppelter Vorsicht zwang. Niemand weiß, wie ollen die Mittel beschafft werden? Die Reichsregierung und auch die preußische Regierung verweisen die Lösung ausdrücklich auf die bevorstehenden Wahlen. Nun wie sollen die Mittel beschafft werden? 175 Millionen sind seit 1879 an neuen indirecten Steuern vorzugsweise auf die ärmeren Klassen gelegt. Eine rationelle Reform der Branntweinsteuer will man nicht, es sollen Vortheile für die Brennereibesitzer gewährt werden, ebensowenig eine Reform der Zuckersteuer. Monopole und ähnliche Steuern will das Volk nicht. Die Conservativen schwärmen trotz des Fiaskos, das sie mit ihrem **eigensten Werk, der jetzigen Börsensteuer erlebt, noch immer für eine bedeutend höhere Börsensteuer.** Ist das ein richtiges Vorgehen? Ein großer Berliner Kaufmann sagte mir unlängst, es wäre der schwerste Fehler, wenn man wiederum Handel und Verkehr durch ein nochmaliges Experiment beunruhigte und schädigte; will man uns stärker heranziehen, so geschehe es von dem, was wir wirklich verdienen, vom Einkommen. Hatte er nicht Recht? Die Reichs-Einkommensteuer von einem Einkommen von 6000 Mk. ab, die wir vorgeschlagen haben, findet, das wissen wir ganz gut, manchen Gegner, aber ist sie nicht unendlich besser, als eine Handel und Verkehr störende Geschäftssteuer? Sie ist eine Forderung der Gerechtigkeit, (Bravo!) und je länger die öffentliche Diskussion darüber dauert, desto größer wird die Zahl ihrer Freunde werden. Früher waren es hervorragende Nationalliberale und Conservative auch. Sie würde auch den großen Vorzug haben, daß die mächtigen und potenten Reichsunmittelbaren, die jetzt von Einkommensteuern frei sind, der ihnen gewiß erwünschten Ehre theilhaftig werden würden, nach ihrem Vermögen ein Scherflein auf dem Altar des Vaterlandes zur Befriedigung seiner Bedürfnisse beitrugen zu können. (Stürmischer Beifall).

Der Reichskanzler selbst hat die Frage, um welche es sich bei der Wahl handelt, bestimmt und klar gestellt. Nicht um Feststellung der Friedensstärke auf 7 Jahre oder 3 Jahre handelt es sich, nicht um militärische, nicht um Fragen der Sicherheit des Vaterlandes, sondern um die constitutionelle Frage, ob und wie weit man die Volksvertretung mitwirken lassen will. „Wenn wir auflösen — sagte der Herr Reichskanzler — **so ist es nicht wegen der Zeitdauer,** sondern wegen der Principienfragen, ob das Reich durch ein **Kaiserliches** oder durch ein Parlamentsheer geschützt werden soll. Wir schreiben auf unsere Fahne bei der Auflösung, ob die wechselnde Majorität alle 3 Jahre darüber bestimmen soll, ob Deutschland seine Armee behalten soll, oder ob sie reducirt werden soll." Das ist vollkommen klar und deutlich. **Der deutsche Wähler wird aufgerufen, darüber zu entscheiden, ob er auch nach 3 Jahren so vernünftig sein wird,** für die Sicherheit des Vaterlandes das Nöthige zu bewilligen, oder ob er sich selbst das Zeugniß ausstellen will, daß er und der von ihm gewählte Vertreter so boshaft und so verblendet sein wird, daß er die seinen Heerd schützende Armee schwächen will. **Das und nichts Anderes ist die von dem Reichskanzler gestellte Wahlfrage.** Es gilt heute merkwürdigerweise als Patriotismus, die Majorität der Volksvertretung und damit die Majorität des Volks selbst so viel wie möglich vor dem Auslande herabzusetzen. Wer unsere inneren Verhältnisse nicht kennt, muß nach solchen Angriffen auf Volksvertretung und Volk glauben, daß Deutschland ein durch und durch unterwühltes Land ist, in dem die Majorität mit den gefährlichsten Plänen umgeht. Mit solchen Mitteln glaubt man das Ansehen und die Kraft Deutschlands zu stärken! Es ist dies wahrlich eine der traurigsten Erscheinungen der heutigen Zeit. Aber mag man immerhin so fortfahren, mag die conservative Presse Tag aus Tag ein die Bevölkerung durch kriegerische Gerüchte in Unruhe zu versetzen suchen — während nach den positiven wiederholten Erklärungen des Kriegsministers die jetzige Militärvorlage mit einem bevorstehenden Krieg **garnichts zu thun hat** — das Volk wird seine Entscheidung zu treffen wissen. Wir haben in Deutschland ein Volksheer im wahren Sinne des Wortes. Die Einigkeit zwischen Volk und Heer aufrecht zu erhalten, ist das Bestreben eines jeden Patrioten. Wir haben immer dahin gestrebt, daß die Sorge für das Heer allen Parteien gemeinsam sein müsse, und daß die Armee und ihre Vertreter nicht in den Kampf der Parteien hineingezogen werde. Deutschland braucht eine starke Armee, wir sind einig mit unserem Feldmarschall Moltke darin, daß nur mit einer solchen Deutschland in Europa den Frieden gebieten könne. Aber Deutschland braucht neben einem starken Heer auch eine constitutionelle Verfassung welche dem mündig gewordenen Volke die Theilnahme an den Staatsangelegenheiten sichert. Wer der Nation das Vertrauen nicht schenkt, daß sie ihre wahren Interessen zu erkennen vermag, der gräbt die Quellen ihrer zukünftigen Entwickelung ab. Ein russisches Blatt — der „Herold" — zieht aus den letzten Vorgängen den Schluß, daß die sogenannten liberalen Ideen Bankerott gemacht haben, in Deutschland wie in allen Staaten, daß man sie daher über Bord werfen müsse. Ob man in Deutschland diesen Rath befolgen wird? Ich glaube es nicht. Den Kampf, der jetzt geführt wird, haben wir nicht gewollt, er ist uns aufgezwungen. Verlangen Sie von uns nicht, daß wir sagen sollen: in 7 Jahren wird das deutsche Volk und seine Vertreter patriotisch genug sein, zu bewilligen, was zur Friedensstärke des Heeres nöthig ist, in drei Jahren aber nicht. Beantwortet das Volk die Frage anders, wie wir, dann müssen wir uns bescheiden, wenn man über uns zur Tagesordnung übergeht. Wer aber jetzt noch scheu nachgiebt, der stärkt am wenigsten seine Zukunft! (Lebhafter, lang andauernder Beifall.)

Ueber die nun folgende kurze Debatte und die von der Versammlung proclamirte Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten Herrn Schrader ist schon an anderer Stelle berichtet.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig. — Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.